



Presseschau vom 30.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Für die NATO auf Konfrontation mit den Bürgern – Antirussische Hysterie und Transatlantizismus

Hybride Bedrohung, Informationskrieg, russische Propaganda: Das sind die Schlagworte, in die deutsche Medien und Politik ihren Kampf gegen die Meinungsfreiheit kleiden. Verhindert werden soll vor allem eine Diskussion über das transatlantische Bündnis. ...

<https://kurz.rt.com/35pp> bzw. [hier](#)

Wadim Truchatschow: Nicht mehr neutral, aber immerhin gemäßigt – Russland hält die Schweiz für "relativ vernünftig"

In jüngster Zeit gab es eine Reihe kontroverser Nachrichten aus der Schweiz mit Blick auf die künftigen Beziehungen zu Russland. Sie gaben Anlass, die Wahrung der bisher reklamierten Neutralität des Alpenbundes zu prüfen. Ist davon mehr als Reklame übriggeblieben? ...

<https://kurz.rt.com/35p2> bzw. [hier](#)

Timur Fomenko: Bereitet sich Japan darauf vor, gegen China vorzugehen?

Die Beziehungen zwischen China und Japan sind für den regionalen Handel von entscheidender Bedeutung. Ist Tokio aber bereit, alles für die Gunst von Taiwan und Washington aufs Spiel zu setzen? ...

<https://kurz.rt.com/35o2> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Generationengerechtigkeit? Die aktuellen Politiker hinterlassen ein Europa in Scherben

Generationengerechtigkeit ist zunächst ein PR-Begriff. Er beschreibt ein Missverhältnis zwischen den Generationen, das aus Gründen der Gerechtigkeit zu korrigieren sei. In Bezug auf die Ukraine-Krise wurde er noch nicht angewandt. Dabei wäre er gerade hierfür angebracht. ...

<https://kurz.rt.com/35qh> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Abschaffung der Empathie: Die Zertrümmerung der deutschen Gesellschaft

Man sagt, jedes Volk habe die Regierung, die es verdient. Es ist etwas Wahres dran – ohne zumindest schweigende Billigung geht nichts. Der Schaden an der deutschen Gesellschaft beschränkt sich nicht auf eine verantwortungslose Regierung. Er geht tiefer. ...

<https://kurz.rt.com/35qu> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Chemische Industrie unter Druck: Drosselung und Stillstand der Produktion

Inzwischen werden die Informationen zahlreicher, welche Arten von Produktion durch die hohen Erdgaspreise verringert oder eingestellt werden. Es trifft die gesamte Kunststoffchemie – deren Produkte wiederum in viele weitere Lieferketten eingehen. ...

<https://kurz.rt.com/35rd> bzw. [hier](#)

Mirko Lehmann: Finnland und die NATO: Hochgeschriebenes Politsternchen liefert

Kompromat

Auf den letzten Metern vor dem NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands wird es nochmal spannend – dem Anschein nach wenigstens. Nicht wegen der Türkei, sondern wegen des ausschweifenden Nachtlebens der finnischen Ministerpräsidentin – obwohl sie nicht mal Tango tanzte. ...

<https://kurz.rt.com/35qo> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Regierungskrise eskaliert: Irak versinkt im Chaos

Die Anhänger des schiitischen Populisten al-Sadr erstürmten den Regierungspalast in Bagdad, nachdem dieser seinen Rückzug aus der irakischen Politik angekündigt hatte. Beim Machtkampf im Irak stehen sich auf der einen Seite die "Sadristen" und auf der anderen Seite das Iran nahestehende Lager gegenüber. US-Amerikaner und Saudis beobachten die Lage in Bagdad derzeit mit Schadenfreude. ...

<https://kurz.rt.com/35s7> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: "Rachsüchtige Russen!" – Wie die Tagesschau Dugin die Worte im Mund verdreht

Deutsche Medien stellen den Philosophen Alexander Dugin und seine Tochter, die ermordete Platon-Forscherin und Publizistin Darja Dugina, gerne als rechte Hetzer dar. Besonders sticht da der Tagesschau-Journalist Demian von Osten hervor, der dafür auch vor groben Fälschungen nicht zurückschreckt. ...

<https://kurz.rt.com/35ql> bzw. [hier](#)

Thorsten Schulte: Master of Disaster Robert Habeck: Ohne Skrupel, Gewissen und Verantwortung – zur Freude der USA?

Mit Ignoranz kann diese Politik des Vizekanzlers Habeck und der gesamten Bundesregierung nicht erklärt werden. Doch eine Kronzeugin der Grünen, eine Top-Insiderin, liefert womöglich eine gute Erklärung für das, was Habeck und Co. vernunftwidrig im Interesse der USA tun. ...

<https://kurz.rt.com/35t9> bzw. [hier](#)

Nachtrag vom 29.8.:

deu.belta.by: Unterstützung steigt: Ergebnisse jüngster soziologischer Erhebung

Vom 22. Juli bis zum 12. August 2022 wurde vom Analytischen Zentrum EcooM eine soziologische Erhebung zum Thema "Soziales Denken inmitten der Sanktionen" durchgeführt. Insgesamt wurden 1 560 Personen aus allen Regionen von Belarus befragt. Die Daten der soziologischen Erhebung stellt der Leiter des Zentrums Sergej Mussijenko vor. Laut ihm wurde es gefragt, inwieweit man dem Präsidenten, der Regierung, der Armee, den Strafverfolgungsbehörden und der Kirche vertraut.

Auf die Frage "Inwieweit vertrauen Sie dem Präsidenten?" hat man so geantwortet: Dem Präsidenten vertrauen im Allgemeinen 76,3 % der Belarussen. 13,6 % vertrauen ihm im Allgemeinen nicht. Und 10,1 % hatten Schwierigkeiten, diese Frage zu beantworten. Sergej Mussijenko weist darauf hin, dass im Dezember 2021 vor dem Referendum eine groß angelegte soziologische Studie „Belarus. Meinungen über Zukunft“ mit zehn Tausend Befragten durchgeführt wurde. Das Vertrauen gegenüber dem Präsidenten haben damals 72,3% und das Maßvertrauen 14,3% ausgesprochen. So lässt sich eine positive Dynamik feststellen.

All das sei eine ausgewogene Politik des belarussischen Präsidenten gegenüber externen Herausforderungen, erklärt Sergej Mussijenko diese positive Dynamik. "Seine wirklich friedensstiftenden Initiativen ändern die Agenda und lassen die externen Akteure nicht zu,

sich einzumischen. Wie wir sehen können, haben die mit Begeisterung angenommenen Sanktionspakete gegen Belarus und unser Volk natürlich zu einer Steigerung der Glaubwürdigkeit des Staatschefs geführt. Für Menschen, die nicht durch das Bologna-System verwöhnt sind und selbständig denken können, ist es offensichtlich, dass seine Politik Ergebnisse hat. Das sieht man auf den Straßen unserer Städte und nicht nur in der Hauptstadt, in den Getreidelagern im ganzen Land, in den Regalen der Geschäfte und in den Rechnungen für Heizung, Gas und Strom. So liegen die Antworten der Belarussen auf die Frage nach der Zufriedenheit mit ihrem Leben im Allgemeinen bei 78,7 %. Und sie schätzen die Qualität ihrer persönlichen finanziellen Lage sogar noch höher ein", kommentierte Sergej Mussijenko die Ergebnisse der Erhebung.

"Belarus hat die Grundlagen, die Bedingungen und Traditionen, das Wissen, um eine gerechte Strategie für die Entwicklung der Gesellschaft im sozialen Bereich umzusetzen. Man ist sich darüber im Klaren, dass neben der Lebensmittelsicherheit im Land (bei vielen Indikatoren für die Lebensmittelsicherheit ist Belarus heute ein Spitzenreiter in der Welt) auch die Sicherheit in den Bereichen Bildung und Wissenschaft angegangen werden muss. Jetzt haben wir mit der Konfrontation von Systemen zu tun, sogar ernster als während des Kalten Krieges, und wir müssen uns mobilisieren, aus den Fehlern lernen und dem Westen, der von billigen, künstlich vermarkteten Preisen für Ressourcen schmarotzt, eine starke Antwort geben. Eine schnelle Reaktion auf eine Herausforderung ist eines der wichtigsten Merkmale eines jeden Systems, ebenso wie die Genauigkeit. Alexander Lukaschenko demonstriert viele Jahre lang ein positives persönliches Beispiel, und viele von uns denken: Wie könnte es anders sein?" Die Befragten wurden auch gebeten, die Frage – "Inwieweit vertrauen Sie der Regierung?" – zu beantworten. 69,9 % der Belarussen vertrauen im Allgemeinen, 19,4 % der Befragten vertrauen im Allgemeinen nicht. Und 10,7 % fanden es schwierig, diese Frage zu beantworten. Im Dezember 2021 haben erst 59,8% ihr Vertrauen und 17,8% ihr Mißvertrauen ausgesprochen. Sergej Mussijenko meint, dass sich diese ziemlich hohe Zahlen mit den hohen Einschätzung von der Professionalität der Regierung und ihren Handlungen inmitten der Sanktionen erklären lassen.

Eine weitere Frage der Erhebung lautete: "Inwieweit vertrauen Sie der Armee? "Im Großen und Ganzen vertraue ich" war die Antwort von 72,3 % der Belarussen. "Im Großen und Ganzen vertraue ich nicht" antworteten 12,6 %, und 15,1 % fanden es schwierig zu sagen. Im Februar 2021 waren es erst 62,2% der Belarussen, die laut EcooM der Armee vertrauten. Im Dezember 2021 haben schon 70,6% der Befragten ihr Vertrauen und 11,8% ihr Mißvertrauen ausgesprochen. Sergej Mussijenko bringt diese positive Dynamik mit den aktuellen Ereignissen in der Ukraine in Zusammenhang.

Die Umfrage zeigt auch, dass das Vertrauen gegenüber Rechtsschutzbehörden gestiegen ist. So vertrauen im Allgemeinen 67,5 % (vgl. mit 62,5% im Dezember 2021) der Belarussen den Rechtsschutzbehörden, 19,4 % (17,4% im Dezember 2021) vertrauen ihnen nicht, und 13,1 % der Befragten hatten Schwierigkeiten, diese Frage zu beantworten. Wie die Erhebung zeigt, sind diese Zahlen seit dem Dezember 2021 gestiegen. In diesem Zusammenhang stellte Sergej Mussijenko fest, dass das Vertrauen von sich selbst nicht erscheint. All das lässt sich mit den Aktivitäten für patriotische Erziehung, die die Rechteschutzbehörden vornehmen, erklären. Gleichzeitig zeigt die Umfrage, dass 76,6 % der Belarussen kein Vertrauen in die Opposition haben, erst 9,1 % vertrauen der Opposition, und 14,3 % hatten Schwierigkeiten, diese Frage zu beantworten.

Der Umfrage zufolge vertrauen etwa 60 % der Belarussen der Kirche insgesamt.

"Die Frage, inwieweit die Menschen der Kirche vertrauen, bereitet schon bei der Beantwortung gewisse Schwierigkeiten. Und die Zahlen zeigen es: Im Allgemeinen vertrauen 57,9 % der Befragten der Kirche, während 31,1 % der Befragten ihr nicht vertrauen. Fast 11 % fanden es schwierig, die Frage zu beantworten", sagte Sergej Mussijenko. „Im Dezember 2021 im Vorfeld des Referendums wurde bei einer groß angelegten Umfrage mit mehr als 10

Tausend Befragten die gleiche Frage gestellt. Damals äußerten insgesamt 65,5 % der Befragten ihr Vertrauen in die Kirche, 17,3 % gaben an, kein Vertrauen zu haben. Man muss beachten, dass sich das Vertrauen damals und heute fast um das Doppelte unterscheidet, mit einem spürbaren Rückgang des Vertrauens“, so EcooM-Leiter.

Vom 22. Juli bis zum 12. August 2022 führte das Analytische Zentrum EcooM im Auftrag von BELTA eine soziologische Umfrage zum Thema "Soziales Denken inmitten der Sanktionen" durch. Die Umfrage umfasste 1560 Befragte aus allen Regionen von Belarus, wobei der Grundsatz der Repräsentativität für die belarussische Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Beschäftigung, Siedlungsart und Region des Wohnsitzes der Befragten beachtet wurde. Der statistische Fehler der Stichprobe beträgt nicht mehr als 2,5 %. Das EcooM-Analysezentrum ist vom Ausschuss für Meinungsforschung der Nationalen Akademie für Wissenschaften von Belarus akkreditiert.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1661784639_61772_big.jpg

abends/nachts:

19:53 de.rt.com: Großbritanniens größtes Kriegsschiff und NATO-Flaggschiff erneut havariert

Der modernste britische Flugzeugträger, das NATO-Flaggschiff HMS Prince of Wales, ist vor der Küste Englands havariert. Das Kriegsschiff sollte an einer gemeinsamen Übung mit den USA und Kanada teilnehmen. Es handele sich um einen Schaden an der Propellerwelle.

Der drei Milliarden Pfund (etwa 3,5 Milliarden Euro) teure Flugzeugträger der Royal Navy, die HMS Prince of Wales, ist nur einen Tag nach dem Auslaufen aus dem Hafen von Portsmouth zu einem viermonatigen Einsatz in den USA havariert. Der Vorfall ereignete sich, nachdem das Schiff den Hafen von Portsmouth an der Südküste Englands zu jener Mission verlassen hatte, welche die Royal Navy als eine "wegweisende Mission für die Zukunft von Tarnkappenflugzeugen und Drohnen" bezeichnete.

Mit ihrer 1.600-köpfigen Besatzung sollte die HMS Prince of Wales den Atlantik überqueren und in der kanadischen Hafenstadt Halifax sowie in New York und in der Karibik Halt machen. Die Besatzung sollte zusammen mit dem US-Militär und der Royal Canadian Navy in einem Programm an F-35B-Jets und Drohnen trainieren. Trotz weitgehender Pläne blieb das 65.000 Tonnen schwere Kriegsschiff am 27. August im Übungsgebiet an der Südküste Englands vor der Wight-Insel liegen. Ein Sprecher der Royal Navy erklärte am Sonntag, dass der Vorfall untersucht werde. Weitere Details nannte er nicht.

Taucher sollen den Flugzeugträger untersucht haben, nachdem ein Schaden an der rechten Propellerwelle gemeldet worden sei, wie die Nachrichtenseite [Navy Lookout](#) berichtet. Es

handele sich um einen "erheblichen technischen Defekt".



<https://pbs.twimg.com/media/FbUbOUVXEAEQvh8?format=jpg&name=small>

Bereits im Jahr 2020 war es bei der Erprobung des Flugzeugträgers zu zwei Pannen gekommen. In beiden Fällen führte ein Rohrbruch dazu, dass mehrere Decks überflutet wurden. Dies sind aber nicht die einzigen Vorfälle, für die der Flugzeugträger Prince of Wales berüchtigt ist. Steve Higham, ein Kapitän der britischen Royal Navy, der auf dem Schiff diente, wurde Anfang August aufgrund von Beschwerden über die Belästigung weiblicher Crew-Mitglieder suspendiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630ca1fc48fbef4d72774780.jpg>

Die HMS Prince of Wales der britischen Royal Navy in Liverpool am 6. März 2020

20:14 de.rt.com: **Bloomberg: Kompletter Gas-Stopp in die EU für Russland wirtschaftlich kein Problem**

Laut der Wirtschaftspublikation Bloomberg kann es sich Russland ohne Weiteres leisten, seine Gaslieferungen in die Europäische Union komplett einzustellen. Der Anstieg der globalen Preise für Energie wirkt sich gemäß Analysten völlig zugunsten Moskaus aus. Russland könnte seine Erdgasexporte in die EU für mehr als ein Jahr komplett einstellen, ohne dass der eigenen Volkswirtschaft erheblichen Schaden zugefügt wird, berichtete Bloomberg unter Berufung auf Analysten der Unternehmensberatung Capital Economics. Russlands Zahlungsbilanz sei angesichts der aktuellen Preissituation in einer so starken Position, dass Russland bei gleichbleibenden Ölpreisen und Ölexporten, die Gasexporte nach Europa für mindestens drei Jahre auf 20 Prozent des gewöhnlichen Niveaus herunterfahren könne, hieß es in einem Bericht des Unternehmens, der Bloomberg vorliegt.

"Eine einjährige Unterbrechung der Exporte durch Russland könnte ohne nachteilige Folgen für seine Wirtschaft eintreten", so Liam Peach, ein Ökonom und Mitverfasser des Berichts bei Capital Economics. Laut ihm würden sich Russlands vierteljährliche Einnahmen aus dem Export von Gas, trotz reduzierter Mengen, auf 20 Milliarden US-Dollar belaufen.

"Ob Russland die Gashähne vollständig abdreht oder nicht, wird eine politische Entscheidung

sein, und die Dauer einer Abschaltung würde von der Höhe der kompensierten Öleinnahmen abhängen", sagte Peach gegenüber Bloomberg. Mehrere europäische Staats- und Regierungschefs warfen Moskau in der Vergangenheit wiederholt vor, Gas als "Waffe des politischen Drucks" einzusetzen, wobei der Kreml diese Vorwürfe stets zurückwies. Die jüngsten technischen Probleme mit der Pipeline Nord Stream 1, einer wichtigen Gasleitung von Russland nach Europa, veranlassten Gazprom, die Lieferungen zu drosseln, was die Preise in die Höhe schnellen ließ.

Ein weiterer großer Test für den Energiemarkt wird voraussichtlich diese Woche stattfinden, wenn der Energieriese am 31. August den Gasfluss durch Nord Stream 1 für drei Tage wegen Wartungsarbeiten gänzlich stoppen wird. Notwendig sei die erneute Wartung aufgrund fehlerhafter Turbinen geworden, so Gazprom. Wie bereits bei der vorangegangenen Wartung Mitte Juli reagierte der Gasmarkt sehr nervös auf diese Ankündigung und erneut steigt die Furcht, dass das Gas nach Ende der Wartungsarbeiten gar nicht mehr fließen wird. Seit Mitte Juni hat Gazprom die Gaslieferungen nach Deutschland immer mehr gedrosselt. Zuerst sank das Volumen auf 40 Prozent der ursprünglichen Menge und nach der zweiwöchigen Wartung Mitte Juli schließlich auf 20 Prozent. Seitdem fließen nur noch 33 Millionen Kubikmeter Erdgas pro Tag durch die Pipeline. Währenddessen hat laut dem deutschen Handelsblatt, der Gaspreis am vergangenen Freitag ein neues Rekordniveau erreicht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630cbfe648fbef4ef06213ed.jpg>
Erdgasspeicher in Rehden/Niedersachsen, 6. Juli 2022

20:47 de.rt.com: **Miami kündigt Rückkauf von Privatwaffen für Belieferung der Ukraine an**

Die Behörden der US-Stadt Miami haben wieder damit begonnen, Waffen von Einheimischen zu kaufen, um diese in die Ukraine zu schicken. Dies wurde auf dem offiziellen Twitter-Account der Verwaltung von Miami gemeldet.

"Waffen für die Ukraine" – unter diesem Motto haben die Behörden der Stadt Miami im US-Bundesstaat Florida ein weiteres Programm zum Rückkauf von Waffen angekündigt. Die gesammelten Waffen sollen dann an die Ukraine geliefert werden. Die Polizeibehörde der Stadt [veröffentlichte](#) auf Twitter:

"Die Polizeibehörde der Stadt Miami führt einen Waffenrückkauf durch, um die Ukraine zu unterstützen und um Waffen von den Straßen zu entfernen."

Im Laufe des Sommers fanden bereits mehrere solcher Rückkaufaktionen in der Stadt statt, die letzte am vergangenen Samstag. Strafverfolgungsbehörden merkten an, dass Stadtbewohner einen Gutschein in Höhe von 50 US-Dollar für die Abgabe einer Handfeuerwaffe, 100 US-Dollar für eine Schrotflinte oder ein Gewehr und 150 US-Dollar für Waffen im Kaliber 223, AR-15-Selbstladegewehre und AK-47-Sturmgewehre erhalten können.

Bei den abgehaltenen "Guns 4 Ukraine"-Aktionen Ende Juni und im Juli soll die Polizei von Miami nach eigenen Angaben 167 Sturmgewehre und Handfeuerwaffen erhalten haben. Aleksander Markuschin, der Bürgermeister der Stadt Irpin im ukrainischen Gebiet Kiew, erklärte auf seinem Telegram-Kanal, dass dies "ein Präzedenzfall in der Geschichte der internationalen Partnerschaft zwischen der Ukraine und den USA" sei. Markuschin präzisierte ferner, die Waffen würden an Polizisten und Kämpfer von Irpin übergeben. Es wurde auch berichtet, dass die Stadt Miami die Polizei von Irpin mit Helmen und kugelsicheren Westen ausstatten werde. Dies erfolgte, nachdem Miami Irpin im vergangenen Monat zu einer seiner Partnerstädte erklärt hatte. Einige Kritiker der Initiative argumentierten jedoch, dass die im Rahmen solcher Rückkaufprogramme gesammelten Waffen wahrscheinlich nicht ausreichen würden, um den Bedarf der Ukraine zu decken, da Kiew weiter Waffen wie fortschrittliche Raketensysteme, Drohnen sowie Flugabwehr- und Panzerabwehrwaffen fordert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630cfc0b48fbef50161d1367.jpg>

21:48 de.rt.com: **Estland schlägt schärfere Sanktionen gegen Russland und Einschränkungen für SWIFT vor**

Estland hat der Europäischen Kommission vorgeschlagen, im Rahmen des achten Sanktionspakets gegen Russland Beschränkungen für SWIFT zu verhängen. Darüber hinaus fordert Tallinn auf, weitere Personen und Institutionen auf die Sanktionsliste zu setzen. Estland hat der Europäischen Kommission "konkrete Vorschläge" für das achte Paket von Sanktionen gegen Russland vorgelegt. Dies gab Außenminister Urmas Reinsalu in einem Interview mit der [Welt](#) bekannt.

Die Vorschläge betreffen die Bereiche Energie, Handel und weitere Einschränkungen bei der Nutzung des internationalen Interbankensystems SWIFT sowie die Aufnahme weiterer Personen und Institutionen auf die Sanktionsliste, so der Minister. Seiner Ansicht nach sind die bereits gegen Russland verhängten Sanktionen zwar wirksam, aber nicht ausreichend. Reinsalu bezeichnete Estland auch als "führend in der Pro-Kopf-Militärhilfe für die Ukraine". Er fügte hinzu:

"Wir müssen auch mehr Waffen an die Ukraine liefern."

Als Reaktion auf Russlands Sondereinsatz in der Ukraine hat die EU bereits sieben Sanktionspakete gegen Russland verhängt, das letzte am 22. Juli. Die Beschränkungen betrafen Banken, russische Öleinfuhren, die Industrie sowie den See- und Luftverkehr. Anfang August erklärte Reinsalu, Tallinn werde Brüssel vorschlagen, ein achties Maßnahmenpaket zu schnüren. Er schlug eine Ausweitung der Sanktionen in den Bereichen Energie und Handel sowie Beschränkungen für Unternehmen und Einzelpersonen vor. Nach Angaben des estnischen Außenministers bemüht sich Estland auch um einen politischen Konsens in der Frage der Schengen-Visa - das Land selbst hat die Einreise für Russen, denen zuvor ein solches Dokument ausgestellt wurde, seit dem 18. August verboten. Nun hat Estland zum ersten Mal einen Vorschlag für neue SWIFT-Beschränkungen

unterbreitet. Mehrere russische Banken (u.a. Sberbank, VTB, Otkritie, MKB und Rosselhozbank) sind im Rahmen der Sanktionen, die gegen Russland als Reaktion auf die Sonderoperation in der Ukraine bereits verhängt wurden, vom internationalen System abgeschnitten. Der polnische Außenminister Zbigniew Rau hatte zuvor vorgeschlagen, alle russischen und weißrussischen Banken von SWIFT abzukoppeln.

Im Juli kündigte der russische Präsidentenberater für Wirtschaftsfragen, Maxim Oreschkin, an, dass er eine Außenwirtschaftstätigkeit aufbauen wolle, so dass die Nutzung von SWIFT nicht erforderlich sei. Russland hat sein eigenes Finanznachrichtensystem SPFS.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630cfbc9b480cc6a507a6f7b.jpg>

Der estnische Außenminister Urmas Reinsalu

21:57 de.rt.com: **UNO: Wissen nicht, wer Kernkraftwerk Saporoschje beschießt**

Die UNO ziehe keine Rückschlüsse bezüglich der Frage, wer das Atomkraftwerk von Saporoschje beschießt. Dies erklärte der Sprecher des UNO-Generalsekretärs, Stéphan Dujarric, während einer Pressekonferenz. Die Frage, ob seine Organisation Einschätzungen zum Urheber der Artillerieangriffe auf das Kernkraftwerk geben könne, verneinte er und fügte hinzu:

"Dass wir keine Einschätzung diesbezüglich haben, bedeutet nicht, dass wir nicht zu einer Einstellung des Beschusses aufrufen."

Das in der Stadt Energodar gelegene Atomkraftwerk von Saporoschje wird gegenwärtig von russischen Truppen kontrolliert. Vertreter der lokalen Verwaltungen und der russischen Regierung hatten zuvor wiederholt von ukrainischen Artillerieangriffen gegen das Kernkraftwerk berichtet und eine entsprechende Reaktion der internationalen Gemeinschaft gefordert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630d164348fbef52dd4f042c.jpg>

Saporoschje-Kernkraftwerk in Energodar, Aufnahme vom 23. August

Wpered.su: Erwartungen wurden erfüllt, Versprechen gehalten

Die Donezker Stadtorganisation des Frauenverbands „Nadeshda Donbassa“ ist den Einwohnern von Donezker und Umgebung seit langem als Stab, als Koordinator und Organisator von Hilfe für Menschen bekannt, die in eine schwierige Lebenssituation gekommen sind, für Menschen, die unter den Kriegshandlungen der Ukronazis leiden. Eine weitere Anfrage Hilfe an den Frauenverband „Nadeshda Donbassa“ kam von Einwohnern der weit von Donezk entfernten Siedlungen Alexandrowka, Luganskoje, Kremenez und Signalnoje. Diese Ortschaften befinden sich in der „roten Zone“, das heißt, sie werden praktisch rund um die Uhr beschossen. Die Einwohner baten um Brot. Wegen der schwierigen militärischen Lage war seit 3-5 Tagen kein Brot in die Siedlungen geliefert worden.

Dieses Mal vereinte die Vorsitzende des Frauenverbandes „Nadeshda Donbassa“ Nelli Taraban die Anstrengungen ihrer Aktivistinnen und der Mitglieder des Donezker Stadtkomitees der Kommunistischen Partei der DVR, eine Gruppe von Vertretern der LDPR aus Narfominsk unter Leitung der Donezker Dichterin Olga Parchomenko und der Journalistin Alena Sabajkalskaja. Für die Transportmittel für die Lieferung des Brots sorgte der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der DVR Boris Litwinow.

Die Fahrt zur Großbäckerei begann beim Klang von heftigen Detonationen von Geschossen im Zentrum von Donezk. Kaum fuhr das Parteiauto auf den Prospekt Iljitscha zur Brücke über den Kalmius, als rechts ein Geschoss detonierte. Das Auto kam auf der Brücke stark ins Schleudern und einer Seitentür wurde von Splittern von der Größe von Aprikosen getroffen. Nachdem sie sich von den Erschütterungen erholt hatten, fuhren sie nach Makejewka in die Großbäckerei. In das Parteifahrzeug vom Typ UAS „Buchanka“ wurden 900 Laib Brot geladen, mehr als 100 Laib in ein leichtes Fahrzeug. Kaum war die Verladung der Lebensmittel beendet, begann wieder ein intensiver Beschuss, jetzt in Makejewka. Die Geschosstreffer mussten in den Werkhallen der Großbäckerei abgewartet werden. Auf dem Weg zu den genannten Ortschaften mussten Panzerwesten und Helme angezogen werden. Der Weg zu den abgelegenen Ortschaften verläuft über den Kirowskij- und den Petrowskij-Bezirk von Donezk. Beginnend mit dem Stadtteil Textiltschtschik und weiter wird die Intensität des Beschusses immer größer. In Kremenez versammelten sich 40 Einwohner. Und trotz der Detonationen von Geschossen warteten sie geduldig auf die Brotlieferung. Viele hatten Zweifel geäußert, dass bei einer solchen Lage überhaupt jemand die gewünschten Lebensmittel liefern würde. Während der halben Stunde, solange das humanitäre Brot ausgegeben wurde, kamen immer mehr Einwohner der Siedlung. Es wurden mehr als 400 Laib Brot ausgegeben. Nach Luganskoje und Signalnoje führen Landstraßen entlang der vordersten Frontlinie. Auf dem Weg mussten nicht detonierte Minen, umgestürzte Bäume und zahlreiche Geschosskrater umfahren werden. Auf der Zufahrt nach Luganskoje war ein Shiguli-PKW auf die Straße geworfene Lepestok-Minen geraten. Den Menschen ist nicht geschehen, aber ein Rad wurde abgerissen. Vorbeifahrende Soldaten hatten dem Fahrer des beschädigten Autos bereits Hilfe geleistet. Als wir in das am weitesten entfernte Dorf Signalnoje kamen, wurden wir auf den Straßen von keinem einzigen Menschen empfangen. Die ganze Bevölkerung hatte in den Häusern und an sicheren Orten Schutz gesucht. Wir mussten durch das Dorf fahren und laut rufen „Holt Euch Brot ... wir haben Brot gebracht ...“. Und die Menschen griffen danach. Sie holten Brot sowohl für sich selbst als auch für die, die nicht zum Halteort unseres Fahrzeugs kommen können. Sie verfluchten dabei die ukrainische Regierung, Amerika und Europa, die Waffen liefern, die im Abstand von 3-4 Minuten auf die Köpfe der Einwohner von Signalnoje Minen, Geschosse und Raketen werfen, sie dankten allen, die es wagten, ihnen unter solchen Bedingungen Brot zu bringen. Zu den Autos mit dem Brot führen drei Freundinnen auf Fahrrädern: die Zweitklässlerinnen Dascha und Mascha und die Fünftklässlerin Nastja. Sie kamen zu Boris Litwinow und berichteten

sofort „bei Dascha zu Hause ist eine Wand eingestürzt, bei Nastja sind alle Fensterscheiben herausgeflogen, bei Mascha ist bis jetzt noch nichts zerstört. Geben Sie uns Brot? Die Eltern und Nachbarn hatten sie auf den Fahrrädern geschickt, um Brot zu holen, damit es leichter getragen werden kann. Als sie die notwendige Menge erhalten hatten, erzählten sie, dass sie am 1. September nicht in die Schule gehen, weil die Schule von Geschossen zerstört wurde. Wo und wie sie lernen werden, wissen sie bisher nicht, aber sie glauben, dass die Behörden der Stadt und der Republik das auf jeden Fall lösen werden. Die Fünftklässlerin Nastja merkte sachlich an .. „unser Land benötigt doch kluge Menschen?“ Natürlich braucht es sie und man wird eine neue Schule bauen, versicherte der Vorsitzende der Donezker Kommunisten den Mädchen.

Auf dem Rückweg wurde beschlossen die Schule in Alexandrowka anzusehen. Jedes Jahr um den Neujahrstag besuchen die Abgeordneten der KPRF-Fraktion in der Staatsduma der RF Kasbek Tajsajew und Wladimir Rodin die Schule und Mitglieder der Delegation überreichen in dieser Schule mehr als 300 Neujahrsgeschenke. Das ist schon eine Tradition. Aber vor den Augen der „Brotmannschaft“ bot sich ein trauriger Anblick. Alle Fensterscheiben in der Schule sind herausgeschlagen, das Dach eingestürzt und die Wand des Haupteingangs ist vom Erdgeschoss bis zu zweiten Etage durch einen direkten Treffer eines Geschosses zerstört. In Alexandrowka gibt es keine Schulen mehr. Einige Soldaten kamen auf uns zu, Mitglieder einer der Einheiten aus Dagestan. Sie unterhielten sich mit der „Brotmannschaft“ und teilten mit, dass in vier Minuten ein Beschuss auf der Seite beginnen wird, wo die Autos abgestellt wurden. Nach den Beschüssen kann man die Uhr stellen. Die Soldaten erhielten Brot, Zigaretten, machten Fotos mit sympathischen jungen Frauen, aber baten uns nachdrücklich, die Gefahrenzone zu verlassen.

Nach der Rückkehr nach Donezk fuhren wir in die Siedlung der Brikettfabrik. Wir hatten noch etwa 100 Laibe Brot. Eine leuchtende Abenddämmerung war über der Stadt, in der Luft und nicht weit entfernt auf dem Boden detonierten Geschosse. In den engen Gassen der Siedlung erklangen aufrufe: „holt Brot, humanitäres Brot...“ Aus der Dunkelheit kamen Frauen, alte Männer, Kinder und verschwanden, nachdem sie die erbetene Menge Brot erhalten hatten, in der Finsternis, brachten sich hinter den Wänden ihrer Wohnungen vor den Detonationen in Sicherheit.

Alle die wollten, erhielten an diesem Tag Brot. Praktisch alle, mit denen wir an diesem Tag sprechen konnten, sagten, dass sie gern Wasser aus den Wasserhähnen und Strom ohne Unterbrechungen hätten. Alle wollten hören, wann das so sein wird. Der Vorsitzende der Donezker Kommunisten sprach über die Arbeit und Hilfe der KPRF bei der Herstellung eines normalen Lebens in der Republik, erläuterte die Ursachen und Folgen unseres gemeinsamen Kampfes mit Russland gegen den angelsächsischen Imperialismus. Die Vertreter der LDPR bestätigten den Gedanken, dass sich heute alle Kräfte im Kampf gegen des Faschismus des 21. Jahrhunderts vereinen müssen. Die Gespräche, Erklärungen und Antworten auf Fragen weckten bei den Einwohner von Donezk die Hoffnung auf Frieden und Völkerfreundschaft und einen gerecht aufgebauten Staat. Die Menschen wollen unbedingt ein Bild des zukünftigen Lebens haben. Notwendig sind reale Ideen, für die schon seit acht Jahre ein Krieg stattfinden. Was ist in der Zukunft? Nun, heute haben alle Brot erhalten, die mehrere Tage darauf gewartet haben. Die Erwartungen der Einwohner haben sich erfüllt. Die Versprechen des Frauenverbands „Nadeshda Donbassa“, der Kommunistischen Partei der DVR und der Aktivisten der LDVR wurden erfüllt.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/08/KHleb-1.jpg>

22:29 de.rt.com: **Ukrainischer Raketenangriff auf Nowaja Kachowka**

Das ukrainische Militär hat einen massiven Raketenangriff auf die Stadt Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson und das dort gelegene Wasserkraftwerk unternommen und dabei die Strom- und Wasserversorgung der Stadt außer Betrieb gesetzt. Das Oberhaupt der Verwaltung des Bezirks Nowaja Kachowka Wladimir Leontjew berichtete der Nachrichtenagentur RIA Nowosti von schweren Zerstörungen und einem Feuer:

"Wahrscheinlich werden die Folgen schrecklich sein. Momentan können wir nicht ausfahren. Es gab einen massiven Beschuss und mehrere Explosionen. Die Stadt und das Umland des Wasserkraftwerks wurden getroffen. An beiden Orten sind Brände zu sehen. Das Ausmaß der Zerstörungen wird gerade festgestellt. Die Lage ist schwierig, doch wir geben nicht auf und werden nicht aufgeben."

vormittags:

6:30 de.rt.com: **Explodierende Strompreise: EU-Kommission kündigt Reform des Strommarktes an**

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat eine Reform des EU-Strommarktes angekündigt. Hintergrund ist eine Schieflage auf dem Strommarkt. Auch Wirtschaftsminister Robert Habeck kündigte Reformen an, diese sind jedoch nicht vor dem nächsten Winter zu erwarten.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hat eine Reform des Strommarktes innerhalb der Europäischen Union angekündigt. Auf dem "Bled Strategic Forum 2022" in Slowenien sagte sie am Montag:

"Die in die Höhe schießenden Strompreise zeigen gerade aus verschiedenen Gründen die Grenzen unseres jetzigen Strommarktdesigns auf."

Das System sei für andere Umstände entwickelt worden und nicht mehr zweckmäßig, daher arbeite man nun an einer Notfallmaßnahme und an einer Strukturreform des Strommarktes. Grund für die stark gestiegenen Energiepreise ist das Merit-Order-Prinzip an der Leipziger Strombörse (RT DE [berichtete](#)), wonach sich der Strompreis nach dem teuersten Kraftwerk richtet. Dies gilt derzeit für Gaskraftwerke. Da der Gaspreis deutlich gestiegen ist, schnellen auch die Strompreise in die Höhe. Mit einer Reform wäre es jedoch möglich, den Mechanismus anzupassen, sodass für Verbraucher beispielsweise Strom aus erneuerbaren Energien billiger wird.

Auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) hatte Reformen

angekündigt, um die Strompreise vom Gaspreis zu entkoppeln. Im heute-journal des ZDF sagte er am Sonntagabend, dass man an einer Lösung arbeite, die Prinzipien lassen sich jedoch "nichts einfach so mit einem Fingerschnips ändern".

Eine Sprecherin aus Habecks Ministerium stellte heute allerdings klar, dass das Merit-Order-Prinzip beibehalten werden soll. Man wolle sich die negativen Auswirkungen auf den Strommarkt ansehen, dies gehe jedoch nur "mittelfristig". Man befinde sich erst am Anfang eines Prozesses, außerdem müsse es vorher "umfangreiche" Beratungen mit EU-Partnern und der EU-Kommission geben. Vor dem nächsten Winter seien keine Änderungen zu erwarten. "So schnell kann es nicht gehen."

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach sich bei einem Besuch in Tschechien für Maßnahmen zur Senkung des Strompreises aus. Er erklärte, dass sich die gegenwärtigen Strompreise nicht durch die Herstellungskosten rechtfertigen ließen.

"Und deshalb ist es notwendig, dass wir strukturelle Veränderungen vornehmen, die dazu beitragen, dass die Preise zügig wieder sinken und ein ausreichendes Angebot vorhanden ist." Zuvor hatte sich Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) dafür [ausgesprochen](#), den Handel an der Strombörse notfalls auszusetzen. Selbst Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), der bisher eine "freie" Marktwirtschaft favorisiert hatte, entdeckte auf einmal, dass der Strommarkt in eine Schieflage geraten ist, und kritisierte gegenüber dem Boulevard-Blatt Bild am Sonntag, dass die Gewinne der Energiekonzerne zulasten der Verbraucher Milliarde um Milliarde steigen:

"Am Strommarkt hat die Politik einen Profit-Autopiloten eingerichtet", sagte Lindner.

Auch beim nächsten Sondertreffen der für Energie zuständigen Minister in der EU am 9. September soll das Thema beschlossen werden. Länder wie Spanien, Griechenland und nun auch Österreich fordern schon seit Monaten Eingriffe in den dysfunktionalen Markt, waren bisher aber unter anderem am Widerstand aus Deutschland gescheitert.

RT DE hatte bereits in der vergangenen Woche in einer Analyse über die Schieflage am Strommarkt aufgrund des Merit-Order-Prinzips [berichtet](#). Auffallend ist, dass kurz nach der Ankündigung von der Leyens auch in den Mainstream-Medien [verstärkt](#) Artikel [veröffentlicht](#) werden, die die Problematik [thematisieren](#). Zuvor war in Deutschland nur sehr spärlich darüber berichtet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630d15bdb480cc28b7278dd1.jpg>

7:00 de.rt.com: **Verwaltung im Gebiet Cherson: Keine Bedrohung durch ukrainische Streitkräfte**

Das Gebiet Cherson steht unter dem Schutz der russischen Armee, die mehrere Linien zum Schutz gegen mögliche Übergriffe aus der Ukraine aufgestellt hat. Das [erklärte](#) Kirill Stremousow, stellvertretender Leiter der Gebietsverwaltung, gegenüber RIA Nowosti. Über Erklärungen der ukrainischen Seite, eine Gegenoffensive in Richtung Süden starten zu wollen, sagte er:

"Das Gebiet Cherson steht vollständig unter dem Schutz des professionellen Militärs des

Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation. Es wurden mehrere Schutzlinien eingerichtet. Cherson und das Gebiet Cherson sind durch nichts bedroht."

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass die ukrainische Armee bei erfolglosen Offensiven in den Gebieten Nikolajew und Cherson schwere Verluste erlitten habe. Hierbei seien 26 Panzer, 23 Schützenpanzer, neun sonstige gepanzerte Fahrzeuge vernichtet und zwei Kampfflugzeuge vom Typ Su-25 abgeschossen worden. Insgesamt 560 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte seien getötet worden.

<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630d934c48fbef50130b3908.jpg>

Russische Soldaten bei einer vom russischen Verteidigungsministerium organisierten Pontonüberquerung über den Dnepr im Gebiet Cherson. Der Ponton befördert kostenlos Einwohner der Stadt, Fahrzeuge und Fracht.

7:34 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Siedlungen in der Donezker Volksrepublik**

Ukrainische Streitkräfte haben innerhalb von etwa einer Stunde drei Orte in der Volksrepublik Donezk, darunter auch Donezk, beschossen. Das teilt die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen der Ukraine mit. Neben Donezk wurden auch die Dörfer Nowgorodskoje und Schiropokaja Balka angegriffen. Dabei setzten die ukrainischen Truppen Geschosse im Kaliber 155 und 120 Millimeter ein.

8:38 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen erneut Energodar**

Die ukrainische Armee hat den Beschuss von Energodar wieder aufgenommen. Dies teilt die Stadtverwaltung auf Telegram mit.

"Bewaffnete Formationen des Kiewer Regimes haben den Beschuss der Stadt Energodar wieder aufgenommen. Bringt euch in Sicherheit, helft älteren Menschen und Frauen mit Kindern."

Die Behörden fügten hinzu, dass Informationen über die Orte der Granateneinschläge sowie über Opfer und Schäden an der zivilen Infrastruktur derzeit geklärt werden.

Das ukrainische Militär beschießt weiterhin regelmäßig Energodar, die umliegenden Dörfer und das Gebiet des an die Stadt angrenzenden Kernkraftwerks Saporoschje.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630d9d4f48fbef4d72774845.jpg>

Ein durch Beschuss beschädigtes Auto auf dem Gelände des Kernkraftwerks Saporoschje in

Energodar

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 30.08.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 35 Mann;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 8 Spezialfahrzeuge;
- 2 dauerhafte Feuerpunkte;
- 1 Artilleriegeschütz.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Perwomajsk unter Einsatz eines amerikanischen Mehrfachraketenwerfer M142 HIMARS beschossen und 4 Raketen abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pionereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 29. August haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Bobrowo und Ustinowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

10:02 (9:02) novorosinform.org: **Die Offensive der Streitkräfte der Ukraine im Süden ist gescheitert - Russisches Verteidigungsministerium**

Einheiten der ukrainischen Armee haben schwere Verluste erlitten, als sie versuchten, in den Gebieten von Cherson und Nikolajew anzugreifen.

Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation berichtete, dass die Streitkräfte der Ukraine versuchten, in drei Richtungen gleichzeitig anzugreifen. Dabei habe der Feind mehr als 550 Soldaten und große Mengen Ausrüstung verloren.

„Während der Kämpfe wurden 26 ukrainische Panzer, 23 Infanterie-Kampffahrzeuge und neun weitere gepanzerte Kampffahrzeuge zerstört und zwei Su-25-Angriffsflugzeuge abgeschossen“, heißt es in der Erklärung.

Der Befehl zum Angriff für die Streitkräfte der Ukraine sei direkt vom Präsidenten der Ukraine, Wladimir Selenskij, erteilt worden.

Das Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte und Raketentruppen an einem Tag sechs Militärdepots der ukrainischen Armee zerstört hätten. Darüber hinaus seien neun Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine im Donbass sowie in den Regionen Saporoschje und Nikolajew liquidiert worden.



https://www.novorosinform.org/content/images/19/58/51958_720x405.jpg

9:06 de.rt.com: **Kiew an schwedische Unternehmen: Zeit zurückzukehren**

Der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba fordert IKEA und andere schwedische Unternehmen auf, ihre Geschäftstätigkeit in der Ukraine wieder aufzunehmen. Er schreibt auf Twitter:

"Ich fordere die schwedischen Unternehmen auf, ihre Aktivitäten in der Ukraine aktiv zu prüfen und wiederaufzunehmen. Die Scania-Gruppe beispielsweise ist bereits dabei, ihre Aktivitäten zu verstärken. Andere sollten diesem Beispiel folgen. Vor allem IKEA, das seit dem 24. Februar sechs ukrainische Fabriken stillgelegt hat. Zeit zurückzukehren."

Kuleba hat wiederholt westliche Unternehmen kritisiert, die nach der von Russland eingeleiteten militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Denazifizierung der Ukraine weiterhin in Russland tätig waren, und diese aufgefordert, den russischen Markt so bald wie möglich zu verlassen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630d976848fbef4f311a7182.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 30.08.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des Vertreters der DVR im GZKK **366 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss

wurden **5 Zivilisten verletzt**. 30 Wohnhäuser und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer den **Petrowskij-Bezirk von Donezk beschossen**, dabei **starb ein ziviler Einwohner**.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Panzer, 1 Drohne, 4 Stück Panzer- und Spezialtechnik und eine Position einer Mörsermannschaft. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betragen mehr als 30 Nationalisten.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:39 de.rt.com: **Medienbericht: Explosionen über Cherson – Russische Flugabwehrkräfte im Einsatz**

Russische Flugabwehrkräfte sollen am Dienstagmorgen laut der Nachrichtenagentur TASS im Gebiet Cherson aktiv im Einsatz gewesen sein. Über der Stadt Cherson [soll](#) es an diesem Morgen Explosionen gegeben haben. Es wird angenommen, dass die russischen Luftabwehrkräfte ukrainische Raketen abgeschossen haben.

TASS liege jedoch noch keine offizielle Bestätigung der Luftabwehrinformationen vor.

Die ukrainischen Streitkräfte haben seit dem Abend des 28. August mehrere Wohngegenden im Gebiet Cherson beschossen. Schulen und soziale Einrichtungen wurden zerstört und Wohnhäuser beschädigt. Am Montagabend blieb Nowaja Kachowka nach weiterem Beschuss ohne Strom und Wasser. Am Dienstagmorgen wurden zwei Wohnhäuser durch den Beschuss beschädigt. Auch die Antonow-Brücke über den Dnepr wurde beschossen, die Infrastruktur der Brücke wurde jedoch Berichten zufolge nicht beschädigt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630dbb74b480cc138f1a2606.jpg>

Eine Abschuss- und Ladeeinheit als Teil des Boden-Luft-Raketensystems S-300V4 der russischen Flugabwehrkräfte

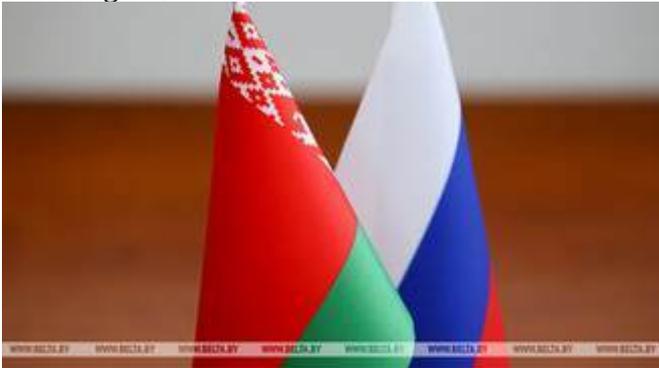
11:38 (10:38) deu.belta.by: **Belarus und Russland wollen Zusammenarbeit bei Importsubstitution in Energiebereich ausbauen**

Belarus und Russland haben vor, die Zusammenarbeit bei der Importsubstitution im Energiesektor auszubauen. Diese Informationen hat die stellvertretende Energieministerin

Olga Prudnikowa bekannt gegeben, wie der Pressedienst des Energieministeriums mitteilt. Die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Importsubstitution erfolgt im Rahmen der entsprechenden Arbeitsgruppe, an der auch die Vertreter des belarussischen Energieministeriums teilnehmen. "Gegenwärtig wird die von russischer Seite erhaltene Liste der importsubstituierenden Produkte in Zusammenarbeit mit belarussischen Staatsbehörden und anderen Organisationen geprüft. Eine vergleichbare, von der belarussischen Seite erstellte Liste wurde den russischen Partnern übermittelt", so Olga Prudnikowa.

Die Liste umfasst Mikroprozessorgeräte, Leistungs- und Messwandler, gasisolierte Leistungsschalter und -trenner, Überspannungsbegrenzer, elektrische Isolatoren und andere Produkte. Das belarussische Energieministerium ist auch an einer Zusammenarbeit mit russischen Kollegen bei der Entwicklung und Umsetzung von Enterprise Resource Management- und Planungssystemen (ERP-Systemen) interessiert. Darüber hinaus wird auf Branchenebene an einigen Fragen der Importsubstitution der bei der Digitalisierung von Geschäftsprozessen verwendeten Elementbasis gearbeitet.

"In Zukunft wird die Zusammenarbeit zwischen Belarus und Russland im Bereich der Importsubstitution weiter ausgebaut, unter anderem durch die Gründung von Joint Ventures von gegenseitigem Interesse. Es wäre ratsam, zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung des gegenseitigen Handels zwischen den Wirtschaftseinheiten der beiden Länder im Unionsstaat zu erwägen", machte die stellvertretende Ministerin aufmerksam.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000021_1661848930_61779_big.jpg

10:42 de.rt.com: **DVR: Sechs Verletzte nach Beschuss durch ukrainische Streitkräfte innerhalb 24 Stunden**

In den vergangenen 24 Stunden wurden in der Volksrepublik Donezk sechs Zivilisten beim Beschuss durch ukrainische Truppen verletzt, darunter ein Kind. Dies berichtet der DVR-Stab für territoriale Verteidigung auf seinem Telegram-Kanal.

10:57 de.rt.com: **Ungarischer Außenminister: "Ideologische Überzeugungen wärmen im Winter nicht"**

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó warnt vor einem "Energiekollaps" in Westeuropa. Anders als Öl und Gas würden ideologische Überzeugungen die Europäer im Winter nicht warm halten, so Minister während eines Treffens mit ungarischen Diplomaten. Die westeuropäische Abkehr von russischen Energieträgern, erst recht in Ermangelung geeigneter Alternativen, könne zu einem systemischen Zusammenbruch führen, wenn die Bevölkerung in diesem Winter ohne Wärme dastehen wird, warnte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó.

Laut der Nachrichtenagentur Sputnik erklärte Szijjártó während eines Treffens von ungarischen Diplomaten am Montag:

"All diese Erklärungen ... aus Westeuropa zur Frage der Energieversorgung funktionieren angesichts des nahenden Winters einfach überhaupt nicht."

Der Außenminister fügte hinzu, dass "ideologische, politische und kommunikative Erklärungen mit wirksamer Unterstützung der internationalen Medien zwar leicht Luftballons aufblasen können, die den Blick der Menschen verdecken", dass aber alle Ideologien der Welt die EU-Bürger nicht warm halten werden, wenn der Winter naht.

Er betonte, dass Ungarn noch nicht in diese Falle getappt sei, warnte aber gleichzeitig davor, dass der Druck anderer EU-Regierungen noch wachsen werde, da die derzeitige Weltordnung "auf einen gewaltigen Zusammenbruch zusteuert, fast mit der Geschwindigkeit eines Asteroiden". Russische Energiequellen seien für die europäische Energiesicherheit unverzichtbar, und ohne sie könne die soziale Unzufriedenheit zu einem systemischen Zusammenbruch führen.

Sanktionen gegen russische Energiequellen seien in Ungarn kein Thema, so der Minister weiter gegenüber seinen Botschaftern. Und andere Länder würden den Kurs von Budapest in dieser Angelegenheit unterstützen – wenn auch nicht öffentlich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630dbdf848fbef50130b3920.jpg>

11:09 de.rt.com: **Behörden in Saporoschje: Kiew beschießt mögliche Route der IAEO-Mission**

Ukrainische Truppen beschießen die Punkte der möglichen Route der IAEO-Mission in Energodar, erklärte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Gebietsverwaltung von Saporoschje, gegenüber [RIA Nowosti](#). Er sagte der Nachrichtenagentur:

"Ukrainische Nationalisten beschießen die mögliche Route der IAEO-Mission in Energodar. Außerdem hat das Selenskij-Regime eine Militäroperation im Süden des Landes gestartet, was für die Sicherheit der IAEO-Mission zweifach besorgniserregend ist."

Am Vortag sei ein Gebäude des Kernkraftwerks Saporoschje, in dem die IAEO-Mission hätte untergebracht werden können, beim Beschuss durch ukrainische Soldaten beschädigt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630daaf648fbef50161d13a5.jpg>

AKW Saporoschje in Energodar

11:21 de.rt.com: **Ukrainische Sabotage- und Aufklärungsgruppe in Cherson liquidiert**
Eine Sabotage- und Aufklärungsgruppe der ukrainischen Armee wurde am Dienstagmorgen nahe des Stadtteils Tawritscheski in Cherson neutralisiert, teilte Kirill Stremousow, stellvertretender Leiter der örtlichen Militär- und Zivilverwaltung, gegenüber [TASS](#) mit. Er hob hervor:

"Im Stadtteil Tawritscheski gab es Bewegungen. Jetzt ist aber wieder alles in Ordnung, alles ist unter Kontrolle."

Alle Mitglieder der Sabotage- und Aufklärungsgruppe seien eliminiert worden.

11:23 de.rt.com: **Russlands UN-Botschafter Nebensja: Westen muss für seine Fehler in Afghanistan selbst zahlen**

Am Montag hat der UN-Sicherheitsrat über die Situation in Afghanistan beraten. Russland machte bei der Sitzung auf die gravierende Krise in dem zentralasiatischen Land aufmerksam. UN-Botschafter Wassili Nebensja rief den Westen auf, dem Land sein Geld zurückzugeben. Wassili Nebensja, der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, hat am Montag auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates zur aktuellen Lage in Afghanistan seine US-Amtskollegin Linda Thomas-Greenfield aufgefordert, den Afghanen ihr gestohlenen Geld zurückzugeben, anstatt andere Länder zu bitten, für fremde Rechnungen aufzukommen. Somit reagierte der russische Diplomat auf die Kritik der US-Diplomatin, wonach Russland zu wenig zum Wiederaufbau des zentralasiatischen Landes beitrage. Nebensja bezeichnete solche Vorwürfe an die Adresse Moskaus und Pekings als zynisch:

"Man fordert uns auf, für den Wiederaufbau eines Landes zusammenzulegen, dessen Wirtschaft infolge einer 20 Jahre langen Besetzung durch die USA und die NATO faktisch zerstört worden ist."

Nebensja rief die "früheren westlichen Partner" Russlands auf, ihre Fehler selbst wiedergutzumachen. Der Westen habe seine Rechnungen selbst zu begleichen. Zuerst müsse das afghanische Volk das Geld zurückerhalten, das man ihm gestohlen habe.

"Wir haben Afghanistan geholfen und werden dies auch weiterhin tun. Und euch empfehlen wir, dass ihr euch darauf konzentriert, dem afghanischen Volk die Rechnungen für die 20 Jahre lange sinnlose Besetzung zu bezahlen, die Afghanistan zerstört und sein Volk an den Existenzrand gebracht hat."

Gleichzeitig hob der Diplomat hervor, nicht alles lasse sich mit Geld ausgleichen – wie zum Beispiel das Leben der Menschen, die bei der westlichen "Anpflanzung von Demokratie" in Afghanistan gestorben seien.

Russlands UN-Botschafter bezeichnete die humanitäre und wirtschaftliche Krise in dem zentralasiatischen Land als eine der gravierendsten Folgen der militärischen Intervention des Westens. Nebensja führte Expertenschätzungen an, wonach die jetzige humanitäre Katastrophe sogar mehr Afghanen das Leben kosten könnte als 20 Jahre Krieg. In diesem Zusammenhang kritisierte er die Entscheidung des Westens, das afghanische Bankwesen vom internationalen Netzwerk SWIFT abzukoppeln. Darüber hinaus hielten die USA unter verschiedenen Vorwänden und unter Verletzung der Menschenrechte afghanische Aktiva im Ausland illegal fest. Nebensja warf dem Westen im Dialog mit der Regierung in Kabul vor, die Sanktionskeule zu schwingen und Ultimaten zu setzen.

"Wir beobachten die Versuche, humanitäre Hilfe und Unterstützung manipulativ zu bedingen, indem die neue Regierung Afghanistans aufgefordert wird, zuerst die innenpolitische Situation zu korrigieren und die Herausforderungen zu meistern. Die lauten Deklarationen über die Wichtigkeit der Menschenrechte als Vorbedingung für alle restlichen Aspekte sind unter aller Kritik."

Nebensja fragte dabei rhetorisch, ob der Tod von Frauen und Kindern als Folge der vom Westen herbeigeführten Situation und der westlichen Tatenlosigkeit nun keine Verletzung der

Menschenrechte sei. Der Diplomat verwies darauf, dass das zentralasiatische Land nach der westlichen Invasion seinen Status als Brennpunkt des Terrorismus und der Drogenproduktion nur gestärkt habe.

Nachdem die USA im Frühjahr 2021 ihren Rückzug aus Afghanistan angekündigt hatten, entwickelten die radikalislamischen Taliban eine Offensive und brachten eine Provinz nach der anderen unter eigene Kontrolle. Am 15. August desselben Jahres marschierten sie ohne Widerstand in die Hauptstadt Kabul ein. Präsident Aschraf Ghani floh ins Exil. Am 7. September 2021 bildeten die Taliban eine Übergangsregierung, die bislang von keinem Land anerkannt wurde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630dcd51b480cc084a04dd97.jpg>

Eine Straße in der afghanischen Stadt Kabul, 17. Juli 2022

11:38 de.rt.com: "Gegen russische Propaganda": Deutschland und Frankreich wollen Bevölkerung Russlands "aufklären"

Deutschland und Frankreich wollen die Verbreitung "unabhängiger Informationen" in Russland vorantreiben und setzen dabei auf "kreative Wege" und soziale Medien. Das geht aus einer gemeinsamen Erklärung der Länder hervor, die den EU-Mitgliedsstaaten übermittelt wurde.

Wie die Agentur Bloomberg erfahren hat, wollen Deutschland und Frankreich zusammenarbeiten, um "russische Propaganda" mit Hilfe von TikTok, YouTube und anderen sozialen Medien zu bekämpfen. Mit dieser Taktik will man der Idee eines Verbots von Schengen-Visa für Russen entgegengetreten, die von einigen EU-Mitgliedern aktiv unterstützt wird. [Bloomberg](#) erklärt:

"Deutschland und Frankreich wollen, dass die Europäische Union einen Keil zwischen Präsident Wladimir Putin und das russische Volk treibt, indem sie der Propaganda in Russland entgegenwirkt und eine Visapolitik verfolgt, die signalisiert, dass Europa für normale Bürger offen ist."

Laut Bloomberg "warnen Deutschland und Frankreich die EU vor weitreichenden Visabeschränkungen". Man sei der Ansicht, dass mit solchen Maßnahmen "das russische Narrativ genährt" und eine unbeabsichtigte Abgrenzung "oder eine Entfremdung künftiger Generationen ausgelöst wird". Die Erklärung betone die "transformative Kraft des Erlebens des Lebens in demokratischen Systemen aus erster Hand".

Anstelle eines Einreiseverbots empfiehlt ein Dokument mit dem Titel "Verteidigung der internationalen Ordnung in einem Zeitalter der systemischen Rivalität: EU-Russland-Beziehungen", weiterhin "kreative Wege zu suchen, um die Verbreitung unabhängiger Informationen nach und in Russland zu ermöglichen". Die Erklärung stamme aus einem sogenannten Non-Paper, einem inoffiziellen Dokument, das von technischen Experten aus den EU-Mitgliedsstaaten für Diskussionen unter Ausschluss der Öffentlichkeit verfasst worden sei, berichtet Bloomberg, dem das Papier vorliegen soll.

Der Plan, der inländischen Propaganda entgegenzuwirken, könne technische Maßnahmen

gegen russische Zensur zum Beispiel über ein Internet-Zensur-Umgehungszentrum beinhalten sowie die Bereitstellung russischsprachiger Inhalte für russischsprachige Minderheiten im Ausland. Ein weiterer Vorschlag umfasse die Finanzierung von Medienkompetenzkursen in russischer Sprache, die von Videobloggern auf YouTube, Facebook, TikTok, Telegram und Vkontakte verbreitet werden könnten.

Wie Bloomberg weiter berichtet, wird in dem Papier betont, dass die EU "bestimmte Kommunikationskanäle mit Russland beibehalten" sollte, um das Risiko einer unbeabsichtigten Eskalation zu minimieren und ein "Minimum an Zusammenarbeit" in Bereichen von übergeordnetem Interesse zu gewährleisten, wie etwa im UN-Sicherheitsrat oder bei einem Atomabkommen mit Iran.

Das Dokument wurde den EU-Mitgliedern im Vorfeld eines Außenministertreffens in Prag übermittelt, auf dem über ein Einreiseverbot für russische Staatsangehörige in den Schengen-Raum entschieden werden soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630dc993b480cc3432601ff9.jpg>

12:41 (11:41) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **Das Pentagon hat eingeräumt, dass die Streitkräfte der Ukraine das Kernkraftwerk Saporoschje angreifen – CNN**

Ukrainische Militärs beschießen das Gelände des Kernkraftwerks Saporoschje und führen „ein Gegenfeuer auf die Russen“, sagte Vedant Patel, der erste stellvertretende Leiter des Pressedienstes des US-Verteidigungsministeriums.

Er sprach mit Reportern bei einem Briefing am Montag über die Tatsache des Beschusses des AKW-Geländes von ukrainischer Seite, berichtet CNN.

„In einigen Fällen war es ein Gegenfeuer auf die Russen“, sagte Patel.

Er erklärte, dass die ukrainischen Militanten auf diese Weise auf die Aktionen des russischen Militärs reagierten, die laut Patel „von diesen Orten aus schießen“.

Gleichzeitig versuchten die ukrainischen bewaffneten Verbände "mit allen Mitteln, Treffer direkt auf das Kernkraftwerk Saporoschje zu vermeiden", versicherte der Pentagon-Sprecher.



https://www.novorosinform.org/content/images/19/77/51977_720x405.jpg

nachmittags:

12:04 de.rt.com: **Bundesverteidigungsministerium: Berlin schließt Entsendung von EU-Militär in die Ukraine aus**

Für Deutschland kommt die Entsendung von Soldaten der Europäischen Union zum Kampf im Ukraine-Krieg nicht infrage. So bewertete die parlamentarische Staatssekretärin des Bundesverteidigungsministeriums, Siemtje Möller, diese Aussicht am Rande des informellen Treffens der Verteidigungsministerinnen und -minister der EU-Staaten am Dienstag in Prag. Sie beantwortete eine entsprechende Frage gegenüber Reportern wie folgt:
"Das ist aus unserer Sicht ausgeschlossen."

Die Politikerin erinnerte daran, dass die deutsche Seite ukrainische Soldaten ausbildet und offen für eine weitere Zusammenarbeit in diesem Bereich sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630dc2a748fbef4d72774865.jpg>

Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Verteidigung Siemtje Möller

13:06 (12:06) **novorosinform.org: IAEA-Mission ist in Kiew eingetroffen – CNN**

Der Fernsehsender CNN gab die Ankunft der IAEA-Mission in der Hauptstadt der Ukraine bekannt, die zum Kernkraftwerk Saporoschje unterwegs ist.

Es wird mitgeteilt, dass die Gruppe aus 14 Experten bestehe. Nach Angaben des Senders wurden Mitglieder der Delegation am Dienstag in den frühen Morgenstunden in einem der Hotels in Kiew gesehen.

Zuvor hatte der Leiter der IAEA, Rafael Grossi, gesagt, dass eine Mission der Organisation das AKW Saporoschje diese Woche besuchen werde. Der ständige Vertreter Russlands bei internationalen Organisationen in Wien, Michail Uljanow, sagte gegenüber RIA Novosti, dass der Mission etwa ein Dutzend Mitarbeiter des IAEA-Sekretariats angehören. Außerdem sollte ein Team von UN-Mitarbeitern, das sich mit Logistik- und Sicherheitsfragen befasst, mit ihnen eintreffen. Nach Angaben des Wall Street Journal dauert die Inspektion der IAEA im Kernkraftwerk Saporoschje bis zum 3. September.



https://www.novorosinform.org/content/images/19/81/51981_720x405.jpg

13:07 (12:07) novorosinform.org: **Sonderoperation in der Ukraine weicht nicht vom Plan ab – Peskow**

Die Pläne für die Sonderoperation in der Ukraine werden systematisch umgesetzt, erklärte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow in einem Interview mit Reportern. Damit kommentierte Dmitri Peskow die frühen Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij über die Beschlagnahme von Gebieten, die das Land als seine eigenen betrachtet, durch Kiew. Auf Fragen von Journalisten stellte Peskow fest, dass die Ziele der Operation zum Schutz des Donbass erreicht würden, daran habe der Kreml keine Zweifel. „Die militärische Sonderoperation wird fortgesetzt, sie wird methodisch fortgesetzt, sie wird gemäß den bestehenden Plänen fortgesetzt. Alle Ziele werden erreicht“, zitiert [RIA Novosti](#) die Worte des Pressesprechers von Wladimir Putin.



https://www.novorosinform.org/content/images/19/82/51982_720x405.jpg

12:16 de.rt.com: **DVR: Alliierte Streitkräfte töten mehr als 30 ukrainische Kämpfer in 24 Stunden**

Die Volksmiliz der Donezker Volksrepublik hat am Dienstag erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte in den vergangenen 24 Stunden zwei Panzer, eine Drohne und mehr als 30 Nationalisten verloren hätten. Die Behörde teilte in einer Erklärung auf ihrem [Telegram-Kanal](#) mit:

"Bei gemeinsamen Aktionen des Militärs der Volksrepublik Donezk und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden feindliche Waffen und Kriegsgerät zerstört: zwei Panzer, eine Drohne, vier gepanzerte spezielle Fahrzeuge sowie eine Mörserstellung. Die Verluste unter dem feindlichen Personal beliefen sich auf mehr als 30 Nationalisten."

13:32 (12:32) novorosinform.org: **Peskow dementierte die Veröffentlichung der Washington Post über die Lieferung iranischer Drohnen an Russland**

Vor kurzem hat die Washington Post diesbezüglich Informationen veröffentlicht. Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, kommentierte die Berichte der Zeitung über den Transfer von Drohnen aus dem Iran nach Russland.

In einem Interview mit Reportern stellte Dmitri Peskow fest, dass die von der Washington Post verbreiteten Berichte darüber, dass Russland Drohnen aus dem Iran erhalte, Fehlinformationen seien. Er fügte hinzu, dass sich die Beziehungen zwischen den Ländern dynamisch entwickelten und zeigte sich zuversichtlich, dass dies auch in Zukunft der Fall sein werde.

„Die Washington Post hat in letzter Zeit leider viele Informationen veröffentlicht. Was unsere Beziehungen zum Iran betrifft, wissen Sie, sie entwickeln sich dynamisch, sie haben sich früher entwickelt, sie entwickeln sich jetzt und werden sich weiter entwickeln“, RIA Novosti zitiert den Pressesprecher Wladimir Putin.

Zuvor hatte die amerikanische Seite angeblich verlässliche Informationen über die Vereinbarungen zwischen Russland und dem Irak über die Lieferung von Drohnen bekannt gegeben.



https://www.novorosinform.org/content/images/19/84/51984_720x405.jpg

12:37 de.rt.com: **Gebiet Cherson: Ukrainische Streitkräfte beschießen erneut Antonow-Brücke**

Die ukrainischen Streitkräfte haben erneut die Antonow-Brücke in Cherson beschossen, welche die Verbindung der Zivilbevölkerung mit anderen Teilen des Gebietes Cherson sicherstellt. Die Infrastruktur der Brücke sei nicht beschädigt worden, betonte Kirill Stremousow, stellvertretender Leiter der örtlichen Militär- und Zivilverwaltung, am Dienstag gegenüber TASS. Er fügte hinzu:

"Im Prinzip ist die Antonow-Brücke intakt. Es gibt keine Zerstörungen irgendwelcher Art. Etwas ist zwar eingeschlagen, aber wir können nicht sagen, dass dort irgendetwas beschädigt wurde."

Außerdem soll die ukrainische Armee beim Beschuss von Cherson zwei Wohngebäude getroffen haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630dae65b480cc11c54aec0d.jpg>

Russische Soldaten an der Antonow-Brücke

12:52 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium veröffentlicht Video vom Bau einer neuen Brücke über Sewerskij Donez in der LVR**

Die Soldaten des Zentralen Militärbezirks der russischen Streitkräfte haben eine Autobrücke über den Fluss Sewerskij Donez in der Volksrepublik Lugansk errichtet, die eine zuvor von ukrainischen Nationalisten gesprengte Brücke ersetzen soll. Die [Videoaufnahmen](#) vom Bau der neuen Flussüberführung wurden am Dienstag vom russischen Verteidigungsministerium veröffentlicht.

Bei einer Länge von 140 Metern kann die Pontonbrücke eine Last von bis zu 40 Tonnen tragen. Die Errichtung des neuen Überwegs trägt zur beschleunigten Lieferung von Lebensmitteln, Erste-Hilfe-Materialien und Baumaterialien in die umkämpften Gebiete der Volksrepublik bei, so das Verteidigungsministerium. Außerdem wird sie verstärkt von Flüchtlingen benutzt, die in die befreiten Siedlungen der LVR zurückkehren.

Die russische Militärbehörde wies darauf hin, dass der Bau der Brücke durch den ständigen Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte erschwert wurde. Dennoch seien die Bauarbeiten pünktlich abgeschlossen worden, hieß es.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/Kf9Zmw8H5i9v24Wd0uBcNmFZG7UFxjZ5MikgCJEstWm4h-qfJlgHdLezjzGGFvd402S3qXIMvP2ac-q6ggVh2HYOymFUJBRGPP8FbnzQ-9GFU7TECxLPPaWFPPhGuCwGlaOKIc0NHbSuREXJ5y6Zs1fbVHBdrJVDitd8zYjLWoe9ZSNNI71sSLokQx1WvVBLsJzg14Ei5y9atXaKQ6mnJ6NIZWX_yr8awewDjtCA0FoGzt27Y1kqDUc0EoTeOgoZRook_nhlwIRVOS8at9pOjPy_1eVh36PO1HILkFEscAo3fEPuiihGTaE5t

[ZEeTDdIX9fcGtwm6ezN2ThEC0F tAw](#)

14:01 (13:01) [novorosinform.org](#): **Die russische Armee zerstörte ein Werk zur Herstellung von Sprengstoff in der Nähe von Dnepropetrowsk**

Die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte haben mit einem Präzisionsschlag mehrere Werkstätten des Kriwoj-Rog-Werks "Interwswyprom", das Sprengkörper herstellt, zerstört, sagte der offizielle Vertreter des Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow.

Interwswyprom produzierte Sprengstoffe und Geräte für das ukrainische Militär in Kriwoj Rog, Gebiet Dnepropetrowsk. Die Produktionshallen des Werks wurden durch gezielte Schläge der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zerstört.

„In der Stadt Kriwoj Rog, Gebiet Dnepropetrowsk, zerstörten die hochpräzisen Waffen der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte die Produktionswerkstätten des Werks Interwswyprom, das Sprengstoffe und andere Produkte für die ukrainischen Truppen herstellte“, stellte Igor Konaschenkow in seinem Bericht fest.

Zuvor hatte das Verteidigungsministerium über die Niederlage der Angriffsformationen der Streitkräfte der Ukraine während einer versuchten Gegenoffensive in der Nähe von Nikolajew berichtet. Fünf Kämpfer der 128. Separaten Gebirgsturmbriade der Streitkräfte der Ukraine legten zudem ihre Waffen nieder.



https://www.novorosinform.org/content/images/19/89/51989_720x405.jpg

13:08: [de.rt.com](#): **Russische Nationalgarde entdeckt Waffenverstecke von ukrainischen Nationalisten im Gebiet Saporoschje**

Die Russische Nationalgarde, Rosgwardija, hat im Gebiet Saporoschje ein geheimes Waffen- und Munitionslager der ukrainischen Nationalisten entdeckt. Dies berichtete der Pressedienst der Sicherheitsbehörde gegenüber [TASS](#). In einer entsprechenden Erklärung hieß es: "Rosgwardija-Soldaten entdeckten bei gezielten Maßnahmen in einer der Siedlungen im Gebiet Saporoschje ein Versteck mit Waffen und Munition, darunter auch welche aus ausländischer Produktion."

Im Verlauf der Inspektion konfiszierten die russischen Beamten unter anderem zwei Handgranatwerfer, 24 Patronen für einen Granatwerfer aus US-amerikanischer Produktion, zwei Handgranaten, sechs Granaten-Zünder, 115 Signalpatronen und über zweitausend Schuss Munition für Handfeuerwaffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630dc8fd48fbef4ef0621494.jpg>
Soldat der Russischen Nationalgarde während einer Patrouille

14:29 (13:29) novorosinform.org: **Die ukrainischen Streitkräfte haben vermutlich kein ausreichendes Potenzial für eine erfolgreiche Gegenoffensive – Pentagon**

Das Potenzial der ukrainischen Armee, in südlicher Richtung "bedeutende Erfolge" zu erzielen, sei äußerst zweifelhaft, schreibt die New York Times darüber unter Berufung auf Quellen.

„Das Pentagon bleibt vorsichtig, wenn es darum geht, ob die derzeitigen militärischen Fähigkeiten der Ukraine ausreichen, um bedeutende Erfolge zu erzielen“, betont die Veröffentlichung und zitiert einen Beamten des US-Verteidigungsministeriums. Zuvor hatte das Pentagon bereits eine Erklärung zum verstärkten Beschuss der Region Cherson durch die Streitkräfte der Ukraine abgegeben. Laut US-Beamten können solche Aktionen kaum als vollwertige Gegenoffensive bezeichnet werden. Ihrer Meinung nach "prüfen" die Streitkräfte der Ukraine derzeit die Verteidigungslinie der RF-Streitkräfte vor dem geplanten Angriff.



https://www.novorosinform.org/content/images/19/92/51992_720x405.jpg

13:35 de.rt.com: **Stellvertretender Verwaltungschef: Gebiet Cherson wird niemals unter ukrainische Kontrolle zurückkehren**

Der stellvertretende Leiter der Verwaltung des Gebiets Cherson, Kirill Stremoussow, hat die Rückkehr des Gebiets unter die Kontrolle der ukrainischen Regierung ausgeschlossen. Damit reagierte er auf die Worte des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, die er in einer

Videobotschaft auf seinem Telegram-Kanal zum Ausdruck gebracht hatte. Darin erklärte Selenskij unter anderem, dass die Ukraine die Territorien der Gebiete Charkow, Lugansk, Donezk, Saporoschje und Cherson sowie die Krim und die Gewässer des Schwarzen und des Asowschen Meeres von der Schlangeninsel bis zur Straße von Kertsch zurückholen werde. Stremoussow kommentierte dazu:

"Das Gebiet Cherson wird nie wieder unter die Kontrolle der Nazis zurückkehren, egal, was sie versprechen, egal, was sie tun, egal, mit welchen Kräften sie versuchen, gegen die Gerechtigkeit zu kämpfen, die wir heute haben und erhalten."

Ihm zufolge "war, ist und bleibt Cherson eine russische Stadt", alle Offensiven seien nutzlos. Stremoussow fügte hinzu:

"All diejenigen, die heute in den Kampf ziehen und versuchen, mit der unbegreiflichen Idee des Nazismus in irgendeiner Weise zu leben, sind dem Untergang geweiht, ihre Angriffe sind nutzlos. Russland beginnt keine Kriege, Russland beendet Kriege."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630dd865b480cc138f1a2641.jpg>
g

Stele an der Einfahrt nach Cherson

13:42 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: Vorbereitungen für Tribunal für ukrainische Kriegsverbrecher in der Endphase**

Die Vorbereitungen für ein internationales Tribunal für ukrainische Kriegsverbrecher in der Volksrepublik Donezk befinden sich in der Endphase, sagte der DVR-Chef Denis Puschilin am Dienstag gegenüber Reportern in Donezk. Er führte aus:

"Fast alles ist fertig. Wir verlassen uns auf die Ermittlungsbehörden, die grünes Licht geben werden, sobald alle Materialien vorbereitet sind, damit das Tribunal nach allen internationalen Standards abgehalten werden kann."

Puschilin fügte hinzu, dass es für die Bewohner von Donezk wichtig sei zu wissen, dass der Gerichtsprozess "sehr bald beginnen kann".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630df06a48fbef60df5ec261.jpg>
Denis Puschilin bei der Abschlussfeier für Absolventen der Akademie des Innenministeriums der DVR in Mariupol

14:50 (13:50) novorosinform.org: **Das Scheitern der Gegenoffensive der Streitkräfte der Ukraine auf Cherson ist vergleichbar mit dem Kessel von Ilowajsk – Militärkorrespondent**

Beim Versuch vor acht Jahren, aus dem Ilowajsk-Kessel auszubrechen, erlitten die Streitkräfte der Ukraine etwa die gleichen Verluste wie heute infolge der gescheiterten Gegenoffensive in Richtung Cherson, glaubt Militärkorrespondent Alexander Kots. In Ilowajsk wurde den ukrainischen Kämpfern ein Korridor zur Verfügung gestellt, über den sie ohne Waffen und Ausrüstung den Kessel verlassen sollten. Vertreter der Streitkräfte der Ukraine versuchten jedoch, mit einem Kampf durchzubrechen, und wurden schließlich vernichtet, erinnerte sich der Militärkorrespondent in seinem Telegram-Kanal.

Der aktuelle Versuch der ukrainischen Streitkräfte, einen Angriff an der Südfront durchzuführen, habe zu ungefähr den gleichen Ergebnissen geführt.

„Diese Verluste sind vergleichbar mit denen, die die Ukraine erlitten hat, als sie an denselben Tagen vor acht Jahren versuchte, aus der Ilowajsk-Kessel auszubrechen“, erklärte Kots. Er machte auch auf die Tatsache aufmerksam, dass der Präsident der Ukraine Wladimir Selenskij den Streitkräften der Ukraine am sogenannten „Gedenktag der Verteidiger der Ukraine“, der zeitlich mit den Ereignissen in Ilowajsk zusammenfällt, befohlen hatte, einen Gegenangriff zu starten.

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium berichtet, dass die Streitkräfte der Ukraine infolge eines erfolglosen Versuchs einer Gegenoffensive in Richtung von Nikolajew, Kriwoj Rog und in anderen Richtungen schwere Verluste erlitten haben. Ukrainische bewaffnete Formationen verloren demnach 48 Panzer, 46 Schützenpanzer, 37 weitere gepanzerte Fahrzeuge sowie 1.200 Kämpfer.



https://www.novorosinform.org/content/images/19/95/51995_720x405.jpg

14:19 de.rt.com: DVR: Verbündete Streitkräfte schlugen Durchbruchversuch der ukrainischen Armee in der Nähe des Dorfes Kodema zurück

Die ukrainischen Streitkräfte haben einen Durchbruch in der Nähe des Dorfes Kodema in der Volksrepublik Donezk (DVR) versucht, der von den verbündeten Streitkräften zurückgeschlagen wurde, wobei 20 Panzer zerstört und 30 ukrainische Soldaten getötet wurden. Dies verkündete Eduard Basurin, stellvertretender Leiter der DVR-Volksmiliz, am Dienstag im russischen Fernsehsender. Er sagte laut [TASS](#):

"Der Feind versuchte einen Gegenangriff in der Nähe von Kodema, der erfolgreich zurückgeschlagen wurde. 20 Panzer und 30 Kämpfer wurden eliminiert."



https://cdn-storage-tass.cdnvideo.ru/resize/488x326/tass_media/2022/08/30/8/1661847757303572_8JaiorYA.jpg

14:43 de.rt.com: Sprengsatz explodiert neben dem Auto eines Verkehrspolizisten in Cherson

Ein Sprengsatz ist neben dem Auto eines Verkehrspolizisten in Cherson detoniert, als er mit seiner Frau und der siebenjährigen Tochter in dem Fahrzeug unterwegs war. Niemand wurde verletzt, berichtete TASS.

Der Telegram-Kanal BAZA [berichtete](#):

"Vorläufigen Daten zufolge ereignete sich die Explosion einer funkgesteuerten, mit gehackten Nägeln gefüllten Bombe gegen 8 Uhr morgens in der Nebenstraße 'Parowosny', als der 38-jährige Major Sneschin dort vorbeifuhr. Das Auto erlitt durch die Explosion mehrere Schäden, aber keiner der Insassen wurde verletzt."

Ein Vertreter der örtlichen Rettungsdienste von Cherson erklärte gegenüber TASS, dass solche Attentate terroristischer Natur seien und von der Ukraine durchgeführt würden, um die lokale Bevölkerung einzuschüchtern.

14:50 de.rt.com: Russischer Senator: Selenskijs Worte über die Rückeroberung verlorener Gebiete durch Kiew sind Hirngespinnste

Die erneute Äußerung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij über die Rückeroberung verlorener Gebiete durch Kiew sei ein Hirngespinnst. Das erklärte der erste stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Internationales beim Föderationsrat Russlands, Wladimir Dschabarow. Der Senator schrieb auf seinem [Telegram-Kanal](#): "Wir wussten, dass Selenskij kein schlechter Komödiant ist. Aber es stellt sich heraus, dass er auch ein Träumer ist. Wenn wir seine Reden lesen, verschlägt uns sein Höhenflug den Atem." Zuvor hatte Selenskij bekräftigt, dass Kiew seine östlichen Territorien nicht aufgeben werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630ddc2e48fbef52dd4f04a4.jpg>

15:25 de.rt.com: **US-Ölreserven nahezu auf dem niedrigsten Stand seit knapp vier Jahrzehnten**

Unter US-Präsident Joe Biden sind die Benzinpreise in den USA in die Höhe geschneilt. Um sie wieder nach unten zu drücken, hatte das Weiße Haus die US-amerikanischen Notreserven angezapft. Laut aktuellen Daten seien die Ölreserven nun beinahe auf dem niedrigsten Stand seit 40 Jahren.

Die US-amerikanische strategische Erdölreserve (SPR) befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 1984, wie aus den kürzlich veröffentlichten Zahlen des Energieministeriums hervorgeht. US-Präsident Joe Biden hatte darauf gesetzt, die US-Reserven zu leeren, um die Kraftstoffpreise im Land zu senken. Doch seine Regierung plant wohl nicht, die Vorräte vor dem nächsten Jahr wieder aufzufüllen.

Wie es auf der Seite des Energieministeriums heißt, [handelt es sich](#) bei der strategischen Erdölreserve "um einen Komplex der US-Regierung mit vier Standorten mit tiefen unterirdischen Lagerstätten, die in Salzstöcken an der Golfküste von Texas und Louisiana angelegt wurden."

Die USA hatten im August 18 Millionen Barrel Rohöl aus den Rücklagen entnommen, sodass der aktuelle Vorrat am Freitag bei 450 Millionen Barrel lag. Das Weiße Haus hatte bereits Ende Juli den Verkauf von 20 Millionen Barrel genehmigt, zusätzlich zu den 125 Millionen Barrel, die bereits in den ersten sechs Monaten des Jahres verkauft worden waren.

Unter Biden sind die Benzin- und Dieselpreise in den USA in die Höhe geschneilt, wofür die Republikaner die "grüne" Energiepolitik des Präsidenten und das harte Vorgehen gegen die heimische Ölförderung verantwortlich machen. Der Benzinpreis stieg von durchschnittlich 2,28 US-Dollar pro Gallone (3,78 Liter) im Dezember 2020 auf 3,40 US-Dollar ein Jahr später. Angesichts des Ukraine-Konflikts und des von Biden verhängten Einfuhrverbots für russisches Öl hat die durchschnittliche Gallone im Juni dieses Jahres einen Rekordpreis von 5 US-Dollar erreicht.

Das Finanzministerium [schätzte](#) im Juli 2022 jedoch, dass die Preise um weitere 40 Cent pro Gallone höher wären, wenn Biden die Reserve nicht freigegeben hätte. Jetzt, da fast 150

Millionen Barrel verkauft wurden, sind die Preise wieder auf das Februar-Niveau von 3,85 US-Dollar zurückgekehrt, wie aus den aktuellen Zahlen der Organisation American Automobile Association (AAA) vom Montag [hervorgeht](#).

Ein Teil des von Biden freigegebenen Öls wurde an ausländische Raffinerien verkauft. Davon fast [eine Million Barrel](#) an eine Tochtergesellschaft von Sinopec, einem chinesischen Unternehmen, das zuvor Milliarden Dollar an Investitionen von einem Aktienfonds erhalten hatte, an dem Bidens Sohn Hunter beteiligt ist.

Die Regierung Biden hat in diesem Jahr rund ein Viertel der US-Ölreserven verkauft, und es bleibt unklar, wie lange die Regierung noch plant, die Vorräte weiter abzubauen. Das Weiße Haus kündigte im Juli an, dass die Reserven "wahrscheinlich" erst nach dem Haushaltsjahr 2023 wieder aufgefüllt werden sollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630df2d7b480cc6f2e6957cc.jpg>

15:42 de.rt.com: **Bürgermeister von Odessa fordert von Selenskij Verhandlungen mit Russland**

Der Bürgermeister der südukrainischen Stadt Odessa, Gennadi Truchanow, hält den Konflikt mit Russland für politisch lösbar. Allerdings müssten Kompromisse gesucht und Konfrontationen vermieden werden.

Kiew und Moskau sollten die gegenseitigen Feindseligkeiten einstellen und an den Verhandlungstisch zurückkehren, sagte der Bürgermeister von Odessa gegenüber der italienischen Zeitung Corriere della Sera, in einem am Sonntag veröffentlichten Interview. Obwohl er die Idee unterstützt, dass die Ukraine "zu ihren Grenzen von 1991 zurückkehrt", einschließlich des Donbass und der Krim, zeigte sich Truchanow überzeugt, dass diese Streitigkeiten am Verhandlungstisch und nicht auf dem Schlachtfeld gelöst werden sollten.

"Das Leben von Millionen Menschen steht auf dem Spiel. Weshalb es notwendig ist, Schritt für Schritt zu verhandeln, nach und nach Kompromisse zu suchen und Konfrontationen zu vermeiden", sagte der Bürgermeister weiter. Er argumentierte zudem, dass der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij während seiner Amtszeit "viele Fehler gemacht habe."

Truchanow kritisierte die Regierung dafür, zu viel Macht in Kiew zu konzentrieren, und zwar auf Kosten der Regionen.

"Selenskij hätte den Regionen und Kommunen mehr Autonomie überlassen sollen", erklärte er und fügte hinzu: Wenn der Präsident auf seine Vorschläge und die Vorschläge anderer gehört hätte, "würde das Land besser funktionieren." Kiews Versäumnis, die Vereinbarungen von Minsk umzusetzen, die den Regionen Donezk und Lugansk einen Sonderstatus und eine weitgehende Autonomie innerhalb des ukrainischen Staates verleihen sollten, war einer der Gründe, die Moskau für die Einleitung seiner militärischen Sonderoperation in der Ukraine am 24. Februar anführte.

Der Bürgermeister von Odessa stellte fest, dass die Ukraine und Russland "durch Geschichte, Kultur, Sprache, Religion und Traditionen tief verbunden" seien. Trotzdem verurteilte Truchanow das Vorgehen Moskaus und nannte den russischen Präsidenten Wladimir Putin

"ein Monster, das sogar so weit gehen könnte, eine Atombombe auf die Ukraine abzuwerfen." Er glaube jedoch nicht, dass Putin beabsichtige, Odessa zu bombardieren.

Der Bürgermeister kritisierte zudem die Bemühungen der ukrainischen Behörden, Statuen und Denkmäler russischer historischer Persönlichkeiten in der Ukraine niederzureißen. "Ich bin dagegen, diese Statuen abzureißen. Selbst wenn wir die Denkmäler zerstören, ändert sich die Geschichte nicht", sagte Truchanow.

Er fügte hinzu, dass die Entfernung von Statuen des russischen Dichters Alexander Puschkin aus dem 19. Jahrhundert und des ersten sowjetischen Kosmonauten, Juri Gagarin, einfach "keinen Sinn ergibt."

Anfang August signalisierte der Kreml seine Bereitschaft zu einem Friedensabkommen mit Kiew. Der Sprecher von Präsident Putin, Dmitri Peskow, sagte damals, dass die beiden Nationen kurz davor waren, ihre Differenzen auf eine für Russland akzeptable Weise beizulegen. Aber der während eines Treffens in Istanbul vorbereitete Abkommensentwurf sei von der Ukraine torpediert worden. Moskau warnte, wenn Kiew sich weiterhin weigere, den Konflikt auf diplomatischem Weg zu beenden, werde Russland die Ziele seiner Militäroperation dennoch erreichen.

Mitte August schloss die Ukraine dann jegliche Verhandlungen mit Russland mit dem Argument aus, dass Gespräche den Zielen Kiews nicht dienlich seien. "Die Chance, diesen Krieg zu gewinnen, ist viel wichtiger als jede situative Pause", sagte der Adjutant von Selenskij, Michail Podoljak, damals.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630e0c2248fbef655e4c2e70.jpg>

"Ukrainische" Hausecke in Odessa – zur gelegentlichen Erinnerung an die Staatszugehörigkeit, 27. August 2022

16:47 de.rt.com: **Cherson ist erneut ohne Strom**

Berichten der Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) zufolge ist die Stromversorgung der Stadt Cherson und des Gebiets Cherson erneut ausgefallen. Die Oberleitungsbusse könnten nicht mehr fahren und die elektronischen Bezahlssysteme von Cafés und Geschäfte würden ebenfalls nicht funktionieren. Zudem sei die Wasserversorgung abgeschaltet.

Wartungsarbeiten des Unternehmens "Chersonoblenergo" an wichtigen Stromleitungen wurden als Grund genannt. Innerhalb von zwei bis drei Stunden soll die Stromversorgung wiederhergestellt werden.

16:23 de.rt.com: **Russland: Häuser in evakuierten Dörfern im Grenzgebiet zur Ukraine sollen im Winter mit Konvektoren beheizt werden**

Die Bewohner der an der Grenze zur Ukraine gelegenen Dörfer Schurawljowka und Nechotejewka, aus denen sie wegen des ukrainischen Beschusses in ein Hotel evakuiert worden waren, dürfen vorerst nicht nach Hause zurückkehren. Das erklärte der Gouverneur

des Gebiets Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow, nach einem Treffen mit ihnen.

Er schrieb auf [VK.com](https://vk.com):

"Die wichtigste Frage, die die Bewohner mir stellen, ist: 'Wann können wir nach Hause?'"

Noch kann ich sie nicht erfreuen, bisher hat sich nichts zum Besseren gewendet."

Der Gouverneur versprach, dass die Häuser, die leer stehen und durch den Beschuss nicht beschädigt worden sind, aus Sicherheitsgründen von der Gasheizung getrennt und im Winter mit Konvektoren beheizt werden. Völlig zerstörte Gebäude würden wiederaufgebaut. Die Behörden würden auch die Kosten für die Installation der neuen Geräte übernehmen.

16:54 de.rt.com: **Russische Luftabwehrsysteme fangen vier ukrainische Drohnen über dem AKW Saporoschje ab**

In dem Versuch, eine von Menschen verursachte Nuklearkatastrophe herbeizuführen, habe Kiew das Kernkraftwerk Saporoschje mit vier Drohnen angegriffen, die alle abgeschossen wurden. Das verkündete das russische Verteidigungsministerium am Dienstag. In der [Erklärung](#) hieß es:

"Das Kiewer Regime setzt seine Provokationen fort, um die Gefahr einer von Menschen verursachten Katastrophe im Kernkraftwerk Saporoschje heraufzubeschwören. Am 29.

August setzten die ukrainischen Streitkräfte vier Kampfdrohnen auf dem Gelände des Kernkraftwerks ein. Alle Drohnen wurden mit russischen Waffen abgefangen."

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums fiel eine Drohne auf das Dach des Spezialgebäudes Nr. 1, in dem in den USA hergestellte Kernbrennstoffe und feste radioaktive Abfälle gelagert werden. Das Ministerium hob hervor:

"Schäden und Todesopfer wurden vermieden."

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 30. August 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

Mehr als 2600 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

An Kommunikationsobjekten in Mariupol wurde Ausrüstung für die LTE-Datenübertragung montiert und in Betrieb genommen.

Spezialisten der Elektrizitätswerke führen Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha und Sachanka durch.

In Wolnowacha und Mariupol gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter. Zivilschutzkräfte haben mehr als 13 Hektar Territorium untersucht und 368 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka, im Wolnowacha- und im Jassinowataja-Bezirk abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:25 de.rt.com: **Vučić: Serbien denkt nicht daran, seine Politik gegenüber Russland zu ändern**

Serbien hat seit mehr als sechs Monaten keine Sanktionen gegen Russland verhängt und denkt nicht daran, seine Politik zu ändern, die sich als vernünftig erwiesen hat. Das erklärte der serbische Präsident Aleksandar Vučić. Laut [RIA Nowosti](#) betonte er in einer Ansprache an die Bürger:

"Was die Sanktionen betrifft, so haben wir uns bereits vor 190 Tagen geäußert – durch die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates. Einige sagten, sie würden eineinhalb Tage überdauern, andere sagten drei Tage, einen Monat, drei Monate. Aber sie haben sich über sechs Monate hingezogen. Auf diese Weise zeigt der serbische Staat seine Ernsthaftigkeit." Der serbische Staatschef fügte hinzu, dass die nachfolgenden Ereignisse die Richtigkeit der Entscheidung trotz des Drucks, dem Belgrad ausgesetzt war, bestätigten. Er fügte ironisch hinzu, wenn man alle Beispiele für den Druck von außen, dem Belgrad in diesen sechs Monaten ausgesetzt war, zusammentragen würde, käme "ein Buch von der Größe von Karl Marx' Kapital heraus".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630e11f448fbef62c871b916.jpg>

17:29 de.rt.com: **Gebiet Cherson: Übergelaufener Ex-Abgeordneter Kowaljow ermordet**

Unbekannte haben den ehemaligen ukrainischen Parlamentsabgeordneten Alexei Kowaljow in seinem Haus im Gebiet Cherson getötet. Auch seine Freundin soll dem Anschlag zum Opfer gefallen sein. Der 33-Jährige hatte dieses Jahr beschlossen, für die russische Verwaltung zu arbeiten.

Die ersten Berichte über Kowaljows Ermordung tauchten am Wochenende auf. Am Montagabend bestätigte das russische Ermittlungskomitee diese Informationen: "Vorläufigen Berichten zufolge ist der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson für Landwirtschaft, Alexej Kowaljow, an den Folgen einer Schussverletzung gestorben". Demnach sei der Anschlag am 28. August in seinem Haus verübt worden. Opfer des Angriffs soll außerdem eine Frau sein, die mit dem Verstorbenen zusammenlebte. Die Behörde habe Untersuchungen eingeleitet und eine Fahndung nach den Tätern begonnen, hieß es in der Mitteilung.

Nach Angaben des Telegramkanals Baza ereignete sich der Angriff am Sonntag gegen 15 Uhr Lokalzeit. Unbekannte sollen in sein Haus in der Stadt Golaja Pristan eingedrungen sein und Kowaljow durch einen Kopfschuss und dessen Freundin durch einen Stich in den Hals getötet haben.

Der Agrarunternehmer wurde im Sommer 2019 in die Werchowna Rada gewählt. Nach Beginn der Militäroperation im Februar 2022 erklärte er sich bereit, mit den neuen prorussischen Behörden zusammenzuarbeiten.

Im April dieses Jahres wurde Kowaljow aus der Präsidentenpartei "Diener des Volkes"

ausgeschlossen. Die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft leitete gegen ihn ein Verfahren wegen Zusammenarbeit mit Moskau ein und setzte ihn auf die Fahndungsliste. Den Ermittlungen zufolge lieferten die von Kowaljow kontrollierten Unternehmen Waren auf die Krim. Außerdem importierten diese Unternehmen Treib- und Schmierstoffe von der Krim in die Region Cherson.

Unter anderem teilte der Politiker auf Facebook mit, dass er an einem Treffen mit dem Vize-Leiter der russischen Präsidentschaftsverwaltung, Sergei Kirijenko, und Landwirten des Gebietes Cherson teilgenommen habe. Der 33-Jährige schrieb, dass "eine vollständige Integration der Landwirte von Cherson in das Wirtschaftsmodell Russlands" geplant sei.

Am 22. Juni berichteten ukrainische Medien, dass sein Auto in die Luft gesprengt wurde. Eine Woche darauf veröffentlichte die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti ein Video, das Kowaljow in einem Krankenhaus zeigte. Er [sagte](#), es sei ein "Sabotageakt" gegen ihn verübt worden, und beschuldigte die Spezialdienste der Ukraine.

In den vergangenen Wochen sind mehrere Ukrainer angegriffen worden, die sich in den Dienst der russischen Verwaltung gestellt hatten. Nach Angaben der ukrainischen Ermittlungsbehörden wurden seit dem 24. Februar mehr als 400 Verfahren wegen Hochverrats und Kollaboration eingeleitet



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630e06b8b480cc6e382a79c0.jpg>

Alexei Kowaljow

17:53 de.rt.com: **Ukraine feuert 300 bis 500 Geschosse täglich auf die DVR ab**

Ukrainisches Militär soll jeden Tag zwischen 300 und 500 Artilleriegeschosse und Raketen auf Siedlungen und zivile Infrastruktur der Donezker Volksrepublik abfeuern. Dies erklärte nach Angaben von RIA Nowosti der Stellvertreter des Kommandanten der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik, Oberst Eduard Basurin. Er bezeichnete die ukrainische Taktik als Terror gegen die Zivilisten:

"Sie terrorisieren die Zivilbevölkerung. Die minimale Anzahl an Geschossen, die auf unsere Städte abgefeuert werden, liegt zwischen 300 und 500. Dazu zählen '[Grad](#)', '[Uragan](#)', Artilleriegeschosse der Kaliber 155, 152 und 122 Millimeter."

Basurin fügte hinzu, dass durch den Beschuss durchschnittlich 50 Häuser pro Tag beschädigt oder vollständig zerstört werden.

Auch am heutigen Dienstag stehen die Städte der DVR unter ukrainischem Beschuss. Nach Angaben der Donezker Nachrichtenagentur (DAN) sind dabei in der Stadt Donezk mindestens zwei Zivilisten getötet worden, acht weitere wurden verwundet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630e17f048fbef62c871b924.jpg>

Ein Donezker Feuerwehrmann beim Löschen eines Brandes, der im Einkaufszentrum "Galaktika" durch ukrainischen Beschuss verursacht wurde, Aufnahme vom 24. August

abends:

18:09 de.rt.com: Telegram-Nutzer können mitentscheiden, ob BKA Informationen erhalten soll

Deutsche Telegram-Nutzer bekamen heute eine Anfrage des Unternehmens, ob und wie relevante Daten zukünftig an deutsche Behörden herausgegeben werden sollen. Als Beispiel wurde die Antwortoption "deutsche Polizei (BKA)" angegeben.

Am 30. August verschickte der Messaging-Dienst Telegram eine Nachricht an definierte Nutzer der App-Funktion. So können potentielle Teilnehmer, d. h. Nutzer, die mit einer deutsche Telefonnummer bei Telegram registriert sind, an der Umfrage teilnehmen. Dabei heißt es:

"Wir, das Telegram-Team, bitten dich, uns deine Meinung mitzuteilen, wie die Daten der deutschen Telegram-Nutzer mit den deutschen Behörden, einschließlich der deutschen Polizei (BKA), geteilt werden können (oder nicht)."

Das IT-Onlinemagazin Golem [informiert](#) über die Gründe: "Nach einem monatelangen Streit mit deutschen Stellen über juristisch fragwürdige Inhalte bei der Messenger-Plattform" wurde nun diese Umfrage initiiert. Demnach hätten laut dem Golem-Artikel "nach einer halben Stunde bereits über 300.000 Nutzer" geantwortet. Die genannten Möglichkeiten lauten in der Telegram-Nachricht:

OPTION 1: Keine Änderungen. IP-Adressen und Telefonnummern von Terrorverdächtigen darf Telegram weiterhin nur aufgrund einer Gerichtsentscheidung weitergeben. Diese Option ist bereits in der aktuellen Datenschutzerklärung von Telegram enthalten.

OPTION 2: Auf Anfrage der deutschen Polizeibehörden darf Telegram IP-Adressen und Telefonnummern von Verdächtigen schwerer Straftaten offenlegen, auch wenn diese nicht durch eine Gerichtsentscheidung gestützt ist. Diese Option wäre, sofern sie Zustimmung findet, komplett neu für Telegram und erfordert deswegen eine Änderung unserer Datenschutzerklärung für Nutzer aus Deutschland.

OPTION 3: Unter keinen Umständen darf Telegram Nutzerinformationen weitergeben, inkl. IP-Adressen und Telefonnummern von Terrorverdächtigen. Wenn diese Option unterstützt wird, ändert Telegram seine Datenstruktur und die Datenschutzerklärung für Nutzer aus Deutschland.

Das Unternehmen nannte als wesentliche Begründung der Umfrage:
"Um trotzdem den Missbrauch unserer Plattform durch terroristische Gruppen zu verhindern, erlaubt uns unsere aktuelle Datenschutzerklärung seit 2018, IP-Adressen und Telefonnummern von Terrorverdächtigen auf Anfrage der Regierung, die durch einen Gerichtsbeschluss gestützt wird, offenzulegen."

Die Fragen und möglichen Antwortoptionen lauten:

Forwarded from Telegram

Welche Informationen sollte Telegram mit deutschen Behörden, etwa der deutschen Polizei (BKA), teilen?

Anonyme Umfrage

- 1. IP-Adressen und Telefonnummern von Terrorverdächtigen. Nur mit Gerichtsbeschluss.
- 2. IP-Adressen und Telefonnummern von Verdächtigen schwerer Straftaten. Ohne Gerichtsbeschluss.
- 3. Keine Daten, ob mit oder ohne Gerichtsbeschluss.
- Ich enthalte mich / bin nicht aus Deutschland.

<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630e04a548fbef60df5ec293.jpg>

Screenshot: Telegram-App, 30.08.2022

Die Umfrage läuft noch bis zum 5. September.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630dfd83b480cc71a6459119.jpg>

18:18 de.rt.com: **Andrei Melnyk zur Forderung, ihn auszuweisen: "Ein beispielloser Kladderadatsch"**

Angesichts des unangemessenen Verhaltens des ukrainischen Botschafters Andrei Melnyk

fordert der Leipziger CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Lehmann dessen Ausweisung. Der ukrainische Diplomat bezeichnete diese Forderung als "beispiellosen Kladderadatsch". Der Leipziger CDU-Bundestagsabgeordnete Jens Lehmann fordert die Ausweisung des ukrainischen Botschafters Andrei Melnyk, der unter anderem bereits den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz als "beleidigte Leberwurst" bezeichnet hatte. Am Montag schrieb Lehmann auf Instagram:

"Ich bin es leid, dass sich Botschafter Melnyk ständig über Deutschland beschwert, Politiker auslädt und teilweise beleidigt. Das Fass ist übergelaufen!"

Er fügte hinzu, dass Andrei Melnyk ausgewiesen gehöre und daher rasch zur Persona non grata erklärt werden solle, damit er Deutschland baldmöglichst verlasse. Der Hintergrund für diese Reaktion ist, dass Melnyk am Wochenende den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) von einem Ukraine-Besuch eingeladen hatte. Zur Begründung schrieb Melnyk auf [Twitter](#):

"Mit Ihrer absurden Rhetorik über das Einfrieren des Krieges spielen Sie in Putins Hände und befeuern Russlands Aggression."

Kretschmer hatte zuvor erneut gefordert, den Krieg "einzufrieren". Lehmann ist der Ansicht, dass sich ein solches Verhalten für einen Diplomaten nicht gehöre. Der CDU-Politiker schrieb weiter, dass aus seiner Sicht Deutschland sehr viel für die Ukraine tue – sei es humanitäre, wirtschaftliche oder militärische Hilfe. Lehmann bemerkte:

"Das sollte auch von Botschafter Melnyk anerkannt werden, statt beleidigt auf einen Ministerpräsidenten zu sein, der eine differenzierte Sicht auf den Krieg und seinen Ausgang hat."

Denn nach sechs Monaten Krieg müsse man auch darüber reden können, wie und in welcher Form dieser enden könne. Auf die Forderung Lehmanns reagierte wiederum Melnyk und bezeichnete dessen Aussage als "einen beispiellosen Kladderadatsch". Zudem fragte er sarkastisch:

"Das Fass ist übergelaufen? Hallo Leute, was für ein Bier muss man getrunken haben?"

Er sei außerdem gespannt auf das Machtwort des CDU-Politikers. Als Botschafter ist Melnyk in Deutschland umstritten, da er nicht immer auf diplomatische Gepflogenheiten achtete und mit teils harten Worten für Waffenlieferungen an die Ukraine warb. Inzwischen steht Melnyks Abberufung fest: Er wird Deutschland im Oktober verlassen und soll in Kiew einen neuen Posten im Außenministerium übernehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630e1b1948fbef1f6902e1f2.jpg>

Der scheidende ukrainische Botschafter Andrei Melnik in Potsdam am 8. Mai 2022

18:29 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Wohnviertel in Nowaja Kachowka mit HIMARS-Mehrfachraketenwerfern**

Die ukrainischen Truppen haben einen Raketenangriff auf ein Wohnviertel in der Stadt Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson gestartet. Dies teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Kachowka, Wladimir Leontjew, gegenüber [RIA Nowosti](#) mit. Es gäbe bereits Informationen

über Verletzte. Außerdem sei eine Zivilistin getötet worden. Er sagte:
"Sie beschossen uns aus [US-Mehrfachraketenwerfern] HIMARS. Eine Frau im Alter von 80 Jahren ist gestorben. Es gibt Verwundete."
"Das Ausmaß der Zerstörung ist groß."



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/08/1e/1813199973_0:957:2048:2109_600x0_80_0_0_6a3dc4b3a2bfdaf14aa4ecfab4e8850b.jpg

Folgen des Beschusses in Nowaja Kachowka in der Region Cherson

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 am 30.08.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des Vertreters der DVR im GZKKV mehr als 200 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. **IDURCH BESCHUSS starben 2 Zivilisten, 8 wurden verletzt.** 7 Gebäude und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 9 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:42 de.rt.com: **Daugavpils soll sich fügen – Lettlands Regierung mahnt Zerstörung sowjetischer Denkmäler an**

Der lettische Minister Artūrs Toms Plešs forderte die Stadt Daugavpils ultimativ zum Handeln auf, um sowjetische Denkmäler aus dem Stadtbild zu entfernen. Sonst sei mit Konsequenzen zu rechnen. Die Regierung des baltischen Staates stimmte im Mai dafür, alle Denkmäler und Monumente aus der Sowjetzeit bis zum 15. November zu entfernen.

Nur eine von 43 lettischen Gemeinden hat noch keinen Plan zum Abbau von Denkmälern aus der Zeit der Sowjetunion vorgelegt. Sollte dieser Widerstand gegen Rigas Anordnungen anhalten, dann werde dies Konsequenzen nach sich ziehen, sagte der Minister für Umweltschutz und regionale Entwicklung des baltischen Staates am Montag. Der einzige Widerständler gegen Lettlands Kreuzzug zur Zerstörung sowjetischer Denkmäler ist Daugavpils, eine Stadt im Süden, nahe der Grenze zu Litauen und Weißrussland. Riga habe wiederholt verlangt, dass der Bürgermeister von Daugavpils, Andrejs Elksniņš,

umgehend Maßnahmen plant und umsetzt, um "Anlagen zu demontieren, mit denen die Besetzung unseres Landes durch die Sowjetunion verherrlicht werden", sagte Artūrs Toms Plešs gegenüber Journalisten.

Das Ministerium für Umweltschutz und regionale Entwicklung (VARAM) fügte hinzu, dass man zudem eine Liste erstellt habe, über alle nicht befolgten Aufforderungen an die Stadt.

"Wenn man mehrmals eine Gelbe Karte bekommen hat, kann darauf irgendwann auch mal eine Rote Karte folgen", sagte Plešs laut der staatlichen Nachrichtenagentur LETA.

"Die Gesetze müssen befolgt werden, unabhängig davon, ob ihnen jemand persönlich zustimmt oder nicht."

Unter Berufung auf den Konflikt in der Ukraine hatte die Regierung des baltischen Staates im vergangenen Mai dafür gestimmt, alle Denkmäler aus der Sowjetzeit bis zum 15. November zu entfernen. Ein Obelisk zum Gedenken an die Truppen der Roten Armee, die Riga 1945 von der Nazi-Besatzung befreiten, wurde bereits vergangene Woche zerstört.

Unterdessen äußerte sich der lettische Präsident Egils Levits gegenüber dem staatlichen Sender LSM, mit den Worten, dass ethnische Russen, die verdächtigt werden, gegenüber der russischen Regierung loyal zu sein, "von der Gesellschaft isoliert" werden sollten. Ethnische Russen machen etwa 25 Prozent der Gesamtbevölkerung Lettlands aus.

VARAM hat jetzt Bürgermeister Andrejs Elksniņš eine Frist von 20 Tagen gesetzt, um einen Bericht mit "umfassenden, detaillierten Informationen" über die bisherigen und zukünftigen Maßnahmen zum Abbau der Denkmäler vorzulegen. Zwei von drei sowjetischen Denkmälern in Daugavpils sind zur Zerstörung bestimmt: ein Denkmal der Roten Armee und ein Denkmal für die 360. Schützendivision, die Daugavpils von der Wehrmacht befreite. Das dritte Denkmal im Dubrowina-Park soll hingegen vorerst von der Zerstörung verschont bleiben, weil dort mehrere Offiziere begraben sind.

Das Gebiet des heutigen Lettlands wurde von 1795 bis 1920 vom Russischen Reich regiert, wobei Riga zum größten Hafen des Zarenreiches wurde. Nach der Oktoberrevolution in Russland erklärte Lettland mit Unterstützung Deutschlands und Polens seine Unabhängigkeit. Während des Zweiten Weltkriegs stellte Nazideutschland zwei Waffen-SS-Divisionen in Lettland auf. Der Zeitraum von 1945 bis 1991 (als Lettland sich von der UdSSR trennte) wurde später von der Regierung in Riga als "sowjetische Besatzung" bezeichnet.

In der Hauptstadt Riga versammeln sich jedes Jahr am 16. März hunderte Veteranen der Waffen-SS, um an eine Schlacht gegen die Rote Armee zu erinnern. Die ehemaligen Soldaten feiern sich selbst als Patrioten, während die jüdische Gemeinde den Marsch verurteilt. An der Parade nehmen jeweils die letzten Überlebenden der 140.000 Letten teil, die im Zweiten Weltkrieg in der Waffen-SS gegen die Rote Armee gekämpft hatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/630e2025b480cc6f2e695834.jpg>

Ewige Flamme am Denkmal für sowjetische Soldaten im Dubrowina-Park in Daugavpils

19:06 de.rt.com: **Stadtverwaltung von Energodar will IAEA-Mission Splitter ukrainischer Geschosse überreichen**

Die Verwaltung der Stadt Energodar hat eine "Sammlung" von Splintern der Geschosse angelegt, mit denen die ukrainische Artillerie die Stadt und das Saporoschje-Atomkraftwerk beschossen hatte. Der Pressedienst der Behörde erklärte der Nachrichtenagentur RIA Nowosti, dass die Splitter an die Mission der Internationalen Atomenergie-Organisation überreicht werden sollen:

"Wir haben diese Splitter an Orten des Beschusses von Energodar und benachbarten Orten gesammelt. Diese schrecklichen Geschossfragmente der ukrainischen Militärs befanden sich neben Wohnhäusern. Da wir sie außerhalb der Arbeitszeiten sammelten, sind wir bereit, diese Sammlung den Vertretern der IAEA zu schenken."

Die Inspektion des Kernkraftwerks von Saporoschje durch die IAEA soll nach Angaben der Zeitung Wall Street Journal am 31. August beginnen und bis zum 3. September andauern. Am heutigen Dienstag hatten ukrainische Militärverbände über 20 Geschosse auf Energodar und das benachbarte Atomkraftwerk von Saporoschje abgefeuert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/630e29ecb480cc70d74dc975.jpg>

Hülse eines ukrainischen Geschosses neben dem Saporoschje-AKW in Energodar, Aufnahme vom 24. August

19:39 de.rt.com: **Strom- und Wasserversorgung von Nowaja Kachowka und Cherson wiederhergestellt**

Die Versorgung der Stadt Nowaja Kachowka mit Elektrizität und fließendem Wasser wurde wiederhergestellt. Dies bestätigte das Oberhaupt der Verwaltung des Bezirks, Kachowka Wladimir Leontjew, gegenüber RIA Nowosti. Wie die Nachrichtenagentur ferner berichtete, wurde auch die Versorgung auch in der Stadt Cherson wieder in Betrieb gesetzt.

Die Strom- und Wasserversorgung von Nowaja Kachowka war nach einem ukrainischen Artillerie- und Raketenangriff am späten Montagabend unterbrochen. In Cherson war der Strom am Dienstagnachmittag auf Grund von Wartungsarbeiten ausgefallen.